Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1920

49 (18.2.1920) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 2.40 Mk., vierteljährlich 7.20 Mk., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 2.30 Mk. Auswärts am Postschalter abgeholt monatlich 2.30 Mk., vierteljährl. 6.90 Mk., durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 2.65 M., vierteljährl. 7.95 M.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide"

Badische Morgenpost

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 60 Pfg., Reklamezeile 2.— Mk., an erster Stelle 2.50 Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachmittags.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 207. Schriftleitung Nr. 20 u. 948

Verantwortlich für Politik: Martin Holzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Carl Hessemer und Hermann Weick; für Inserate: Paul Kußmann. Druck und Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Teleph.-Amt Uhland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 49. **Mittwoch, den 18. Februar 1920** Erstes Blatt.

Der Verzicht auf die Auslieferung.

Berlin, 17. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der englische Geschäftsträger hat soeben die Note der Entente über die Auslieferung überreicht.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die neue Note der Entente, die gestern mittag in der Wilhelmstraße übergeben worden ist, stimmt im wesentlichen mit den Voraussagen überein, die nach Meldungen ausländischer Blätter und anderen Informationen gemacht worden sind. Praktisch enthält sie einen völligen Verzicht auf die Auslieferung deutscher Staatsangehöriger an alliierte Gerichte, die doch der Schwerpunkt der ganzen Krise gewesen ist. Dafür wird der Vorschlag der deutschen Note vom 25. Januar, alle wegen Kriegsvergehen angeschuldigten Deutschen vor das Reichsgericht zu Leipzig zu ziehen, angenommen, wobei ein interalliierter Ausschuß das Anklagematerial sammeln und sozusagen als Nebenkläger fungieren soll. Theoretisch behält sich die Entente in dem letzten Absatz der Note allerdings vor, auf ihre Rechte aus dem Versailler Vertrag zurückzukommen, wenn sie glauben sollte, in die Unparteilichkeit und den festen Willen zur Strafverfolgung des obersten deutschen Gerichtes Zweifel setzen zu müssen.

Dieser Vorbehalt darf aber als begreiflich angesehen werden. Schon mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Frankreichs, der man die offenbare Niederlage der französischen Rachepolitik möglichst zu verschleiern sucht. Nach der Meinung der Entente gibt es nur deutsche Kriegsverbrechen, während von einer Untersuchung und Bestrafung der gegnerischen Uebertretungen des Völkerrechtes, die wahrlich nicht gering sind, bisher noch nicht die Rede war.

Die Absicht, die besonders die französischen und englischen Staatsmänner, die die Hauptmacher der Kriegspolitik gewesen sind, bewegt, tritt auch sehr deutlich in der neuen Note hervor, durch die Holland zur Deportation Kaiser Wilhelms nach einem außereuropäischen Orte veranlaßt werden soll. Auch hier ist praktisch das frühere Auslieferungsbegehren fallen gelassen, dafür wird mit einem ungeheuren Wortschwall versucht, der holländischen Regierung die Schuld des Kaisers an dem Kriegstode von 10 Millionen Männern und an den furchtbaren materiellen Verwüstungen, unter denen jetzt fast alle Länder so bitter leiden, klar zu machen.

Das heißt: Diese Note ist gar nicht in erster Linie an die holländische Regierung gerichtet, sondern an die öffentliche Meinung der Welt, und besonders der Ententeländer selbst, wodurch die Empörung über das unsägliche Unheil der Kriegspolitik von den alliierten Regierungen abgelenkt und von neuem auf das wehrlose Deutschland und seine ehemaligen Führer gewälzt werden soll. Deshalb besteht für uns Deutsche noch kein Anlaß, die beiden letzten Ententenoten mit dem Verzicht auf direkte Auslieferung des Kaisers, wie der andern Angeschuldigten als endgültige Lösung der Schuldfrage anzusehen, wenn sie zweifellos auch einen diplomatischen Erfolg der deutschen Regierung oder doch der deutschen Sache darstellen. Wir müssen vielmehr durch ungeminderte Energie den Kampf um unser gutes Recht führen, das heißt um die Feststellung, daß nicht Deutschland allein, sondern mindestens ebensosehr — nach unserer Ueberzeugung in noch viel höherem Grade — die Kriegsregierungen von London, Paris und Petersburg an der großen Menschheitskatastrophe schuld sind. Von deutscher Seite wird daher gleichzeitig mit der Einsetzung des Leipziger Gerichtshofes die Veröffentlichung der Gegenlisten von Kriegsvergehen erfolgen müssen. Da, wie die letzte Ententenote ausdrücklich hervorhebt, die Beweisführung für ihre Anklagen nicht nur Franzosen und Belgiern, sondern einer gemischten alliierten Kommission obliegen wird, dürfte sich mit der Zeit praktisch eine Verständigung dahin ergeben, die meisten Anklagen fallen zu lassen. Da aber überhaupt die praktische Erledigung der ganzen Frage jetzt auf lange Fristen eingestellt ist, bleibt in jeder Beziehung die Möglichkeit zu Verhandlungen. Und daß diese Verhandlungen sehr bald mit verschiedenen Versuchen wirtschaftlicher Verständigung, die sich durch die gemeinsame europäische Not aufdrängt, zusammenfallen werden, wurde hier bereits mehrfach erhofft und angedeutet.

* * *

Stellungnahme der Regierung.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Berlin, 17. Febr.** Die Regierung tritt heute abend oder morgen früh zu einer Sitzung zusammen. Ob eine Antwort auf die letzte Ententenote erteilt werden wird, steht noch nicht fest.

Die Antwortnote an Deutschland.

Paris, 17. Febr. (Wolff.) Die der deutschen Regierung zur Frage der Auslieferung der Schuldigen überreichte Note hat folgenden Wortlaut:

Die Alliierten haben mit Aufmerksamkeit die Mitteilung geprüft, die von der deutschen Regierung am 25. Januar 1920 an sie gerichtet wurde und in welcher die schweren Folgen sowohl wirtschaftlicher als politischer Natur dargelegt werden, die aus der Durchführung der in den Artikeln 228 und 230 über die Auslieferung der angeklagten Deutschen enthaltenen Bestimmungen auch für die Durchführung des Friedensvertrages vom 28. Juni 1919 selbst erwachsen würden. Die Mächte stellen zunächst fest, daß Deutschland erklärt, außerstande zu sein, die sich für es aus den obenerwähnten Artikeln des von ihm unterzeichneten Vertrages ergebenden Verpflichtungen einzuhalten. Sie behalten sich vor, das ihnen aus dem Vertrag zustehende Recht in dem Maße und der Form zur Anwendung zu bringen, als es ihnen zweckdienlich erscheint. Unter dieser Voraussetzung nehmen die Alliierten Akt von der durch die deutsche Regierung abgegebenen Erklärung, daß sie bereit ist,

vor dem obersten Reichsgericht in Leipzig unverzüglich ein mit den vollständigen Garantien versehenes Strafverfahren gegen alle Deutschen einzuleiten,

deren Auslieferung die alliierten und assoziierten Mächte zu verlangen beabsichtigen.

Die von der deutschen Regierung selbst vorgeschlagene und von ihr unverzüglich in die Hand zu nehmende strafgerichtliche Verfolgung ist vereinbar mit der Durchführung des Artikels 228 des Friedensvertrages und ausdrücklich am Ende des ersten Absatzes vorgesehen. Getreu dem Buchstaben und dem Gesetze des Vertrages

werden die Alliierten sich hüten, sich irgendwie in das Verfahren, die gerichtliche Verfolgung und das Urteil einzumischen,

um so der deutschen Regierung ihre ganze und volle Verantwortlichkeit zu überlassen. Sie behalten sich vor, an der Hand der Tatsachen den guten Willen Deutschlands, die Verurteilung der begangenen Verbrechen durch Deutschland herbeizuführen, und so den aufrichtigen Wunsch, an der Bestrafung mitzuwirken, zu bemessen. Sie werden sehen, ob die deutsche Regierung, die sich außerstande erklärt, die Schuldigen vor Aburteilung zu verhaften und den Alliierten zu übergeben, aufrichtig entschlossen ist, sie selbst vor dem Reichsgericht in Leipzig zu verurteilen.

Gleichzeitig haben die Alliierten, um der Wahrheit und Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen, beschlossen, eine interalliierte gemischte Kommission zu beauftragen, eingehend und im einzelnen die Straftaten eines jeden, dessen Schuld durch die Untersuchung der Alliierten festgestellt wurde, zu sammeln, zu veröffentlichen und der deutschen Regierung mitzuteilen.

Endlich halten die Alliierten dafür, in formaler Weise zu erklären, daß das Verfahren vor einer Gerichtsbarkeit, wie sie vorgeschlagen wurde, in keinem Fall die Bestimmungen der Art. 228 bis 230 des Friedensvertrags aufheben kann. Die Mächte behalten sich auch vor, zu prüfen, ob das von Deutschland vorgeschlagene Verfahren, das nach Deutschlands Versicherung den Angeklagten alle Rechtsgarantien sichern soll, nicht schließlich darauf hinausläuft, die Schuldigen der gerichtlichen Bestrafung für deren Vergehen zu entziehen. Die Alliierten werden in dem Fall voll und ganz ihr Recht ausüben und die Schuldigen vor ihr eigenes Gericht stellen.

gez.: Lloyd George.

Die Ententeantwort an Holland.

Paris, 17. Febr. (Wolff.) Die Antwort des Obersten Rates der Alliierten, die in der Frage der Auslieferung Wilhelms II. an Holland gerichtet worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Die Mächte haben von der Antwort der holländischen Regierung auf ihre Note vom 15. Januar 1920 hinsichtlich der Auslieferung des deutschen Exkaisers Wilhelms von Hohenzollern zwecks dessen Verurteilung Kenntnis genommen.

Die von den Mächten während des Krieges im allgemeinen Interesse gebrachten ungeheuren Opfer geben diesen Mächten das Recht, die Niederlande zu bitten, auf ihre Weigerung zurückzukommen, die sich stützt auf annehmbare, aber ganz persönliche Erwägungen eines Staates, der im Kriege abseits gestanden und vielleicht nicht genau alle Pflichten und Gefahren der gegenwärtigen Stunde abwägt. Die Verpflichtungen der Mächte gegenüber ihren Völkern, die Tragweite der in Rede stehenden Fragen und die so schwer wiegenden politischen Verantwortlichkeiten, die sich aus der Aufgabe der Rechtsforderungen gegen den ehemaligen Kaiser ergeben werden,

bestimmen die Mächte, ihre Forderungen aufrecht zu erhalten und zu erneuern.

Die Mächte verlangen von der königlichen Regierung nicht eine Preisgabe ihrer traditionellen Politik, sie glauben aber, daß die Natur ihres Gesuches, die nach ihrer Meinung nicht allein, oder doch nicht in der Hauptsache von der internen Gesetzgebung der Niederlande abhängt, nicht genügend gewürdigt wurde. Es handelt sich um keine Frage des Prestiges, und die Mächte widmen dem Gefühl eines Staates mit begrenzten Interessen ebenso viel Aufmerksamkeit wie der wohlüberlegten Forderung der Großmächte. Um jedoch

den verantwortlichen Urheber des großen Krieges abzuurteilen,

können sie nicht die Schaffung eines Obersten Gerichtshofes abwarten, der mit der Verfolgung internationaler Verbrechen betraut wird. Gerade das in Aussicht genommene Urteil wird einem solchen Gerichtshof den Weg ebnen.

Die Mächte wünschen festzustellen, daß der Völkerbund noch keinen solchen Grad der Entwicklung erreicht hat, daß es ihm, oder irgend einem von ihm ins Leben gerufenen Gerichte, gelingen würde, vollkommene Genugtuung zu schaffen.

Würde die Weigerung der königlichen Regierung, den ehemaligen Kaiser auszuliefern, falls die Weigerung aufrecht erhalten bleibt, nicht einen unheilvollen Präzedenzfall schaffen, der geeignet wäre, jedes Verfahren eines jeden internationalen Gerichtshofes gegen hochgestellte Schuldige unwirksam zu machen? Die Regierung der Niederlande macht geltend, daß das Auslieferungsgesuch gegenüber dem ehemaligen Kaiser von ihr nur vom Standpunkte ihrer eigenen Politik ins Auge gefaßt werden kann. Sie scheint dabei nicht in Erwägung zu ziehen, daß sie gemeinsam mit den zivilisierten Nationen die Pflicht hat, die Bestrafung der Verbrechen gegen das Völkerrecht und gegen die Grundsätze der Menschlichkeit sicher zu stellen, Verbrechen, für die in heute unleugbarer Weise Wilhelm von Hohenzollern eine schwere Verantwortung zufällt. Die Note vom 25. Januar wurde überreicht im Namen von 26 alliierten und assoziierten Mächten, den Signataren des Friedensvertrages und den gemeinsamen Mandataren des größten Teiles der zivilisierten Nationen. Das beweist, daß man unmöglich die gemeinsame Kraft dieser Forderung verkennen kann, die nicht nur der Ausdruck des Urteils derjenigen ist, die gelitten haben, sondern auch der Ausdruck des Bedürfnisses der Gerechtigkeit, die im Namen der Menschheit spricht.

Wie könnte die holländische Regierung vergessen, daß es der Politik und dem persönlichen Handeln des von den Mächten zur Aburteilung verlangten Mannes zuzuschreiben ist, wenn nahezu zehn Millionen Menschen in der Blüte ihres Alters dahingemordet wurden, wenn dreimal mehr Menschen gräßlich verstümmelt oder in ihrer Gesundheit geschädigt wurden, wenn Tausende von Quadratkilometern bisher industriereichen friedlichen, unglücklichen Landes verwüstet und zerstört wurden, wenn die Kriegsschulden Hunderte von Millionen übersteigen und wenn all dieses geschehen ist, zum Schaden von Menschen, die ihre Freiheit wie die Freiheit ihrer Kinder und die Freiheit der ganzen übrigen Welt verteidigt haben.

Das wirtschaftliche und soziale Leben der Völker wurde erschüttert und ist noch gefährdet durch Not und Elend, das eine fürchterliche Folge des von Wilhelm II. entfesselten Krieges ist.

Die Alliierten können ihre Ueberraschung nicht verbergen, die sie empfanden, als sie in der holländischen Antwort nicht ein einziges Wort der Mißbilligung für die von dem Kaiser begangenen Verbrechen fanden, Verbrechen, die die Urgefühle der Menschheit und der Zivilisation aufrütteln und deren unschuldigen Opfer namentlich auch sehr viele holländische Staatsangehörigen auf hoher See wurden. Es stimmt vollständig überein mit den Zielen des Völkerbundes, Hilfe zu leisten bei der Bestrafung solcher Verbrechen, für die die Schuldigen nach den Worten von Grotius „sunt puniendi aut delendi aut certo amoviendi" (Buch 2., Kapitel 21). Wie könnte man sich dem Eindruck jeder reaktionären Kundgebung entziehen, die eine Folge der Weigerung Hollands wäre, wie könnte man verkennen, welch gefährliche Störung all jene erführen, die mit der gerechten Bestrafung der Schuldigen und ihrer exemplarischen Aburteilung, welcher Gesellschaftsklasse sie auch angehören mögen, wenn sich Holland widersetzt, Holland, dessen Geschichte lange Kämpfe um die Freiheit aufweist und das um der Gerechtigkeit willen so schwer gelitten hat, sollte nicht eine so enge Auffassung seiner Pflichten bekunden und sich damit außerhalb der Gemeinschaft der Welt stellen. Zu den Pflichten, denen sich aus nationalen Gründen niemand entziehen kann, gehört es, sich mit uns zu vereinigen in der exemplarischen Bestrafung der verantwortlichen Urheber des Unheils und der Schäden des Krieges und sich zu bemühen, die deutsche Nation zur Auffassung der Menschlichkeit zurückzuführen, da sie immer noch zögernd auf den falschen Theorien ihrer Regierung beharrt, die offen ausspricht, daß Gewalt vor Recht gehe, und der Erfolg das Verbrechen heilige.

Von diesem Gesichtspunkte aus, nicht vom nationalen Standpunkt aus, haben die Mächte die Königl. Regierung gebeten, ihnen Wilhelm von Hohenzollern auszuliefern und erneuern sie heute ihr Gesuch.

Die Mächte möchten der Regierung der Niederlande in Erinnerung bringen, daß sie, falls sie darauf beharrt, sich um die Anwesenheit der kaiserlichen Familie auf holländischem Gebiete so nahe an der Grenze nicht zu bekümmern, sowohl direkt verantwortlich ist dafür, den Verbrecher vor den Forderungen des Rechts in Schutz zu nehmen, als auch verantwortlich für Europa und die ganze so gefährliche Propaganda. Die ständige Anwesenheit des Exkaisers unter durchaus unwirksamer Kontrolle in geringer Entfernung von der deutschen Grenze, so daß er das Zentrum einer tätigen und wachsenden Intrigue vieler bleibt, stellt für die Mächte, die zur Beseitigung dieser Gefahr übermenschliche Opfer gebracht haben, eine Bedrohung dar. Die Mächte haben die Pflicht, solche Maßregeln zu ergreifen, wie sie ihnen ihre eigene Sicherheit gebietet.

Die Mächte können das persönliche Gefühl nicht verhehlen, das ihnen die Weigerung verursacht, ihnen den Exkaiser auszuliefern, ohne irgend eine Prüfung der Möglichkeit, wie die Weigerung Hollands in Einklang gebracht werden könnte mit jenen Vorsichtsmaßnahmen, sei es an Ort und Stelle, sei es in der Entfernung des Exkaisers vom Schauplatze eines Verbrechens, durch die er gleichzeitig außerstande gesetzt wird, in Deutschland zukünftig seinen unheilvollen Einfluß auszuüben.

Obwohl ein solcher Vorschlag dem Verlangen der Verbündeten nicht ganz entsprochen hätte, hätte er doch Zeugnis gegeben von jenen Gefühlen, denen sich Holland unmöglich entziehen kann. Die Mächte machen in der dringendsten und feierlichsten Form die holländische Regierung aufmerksam auf die Tragweite, die sie einer neuen Prüfung der ihr gestellten Frage beimessen. Sie wünschen zu verstehen zu geben,

wie ernst die Lage werden könnte,

wenn die Regierung der Niederlande nicht in der Lage wäre, Zusicherungen zu geben, wie sie die Sicherheit Europas gebieterisch verlangt.

Die Arbeitsunlust in Oesterreich.

gr. Aus Wien wird uns geschrieben:

Eine der traurigsten Folgeerscheinungen des Weltkrieges ist die tiefgehende Arbeitsunlust der produzierenden Klassen. Sie ist ein wesentliches Hindernis für den Wiederaufbau der zerrütteten Volkswirtschaft. Wenn schon das industrielle Leben der Siegerstaaten, Frankreichs, Englands, ja sogar der Vereinigten Staaten, unter dieser Erscheinung zu leiden hat, so ist dies bei den ehemaligen Mittelmächten, bei denen die allenthalben zur Geltung kommende Arbeitsunlust sich um so schärfer fühlbar macht, je härter sie wirtschaftlich durch den Krieg und die Niederlage getroffen sind, in noch höherem Maße der Fall.

Dabei wird vieles vorschnell als „Arbeitsunlust" abgetan, was besser in das Kapitel „Arbeitslosigkeit" gehörte. In der Mehrzahl der Fälle fehlt es wirklich nicht an Willen zu arbeiten, sondern an der Möglichkeit, durch schaffende Arbeit geregelten Verdienst zu finden, besonders einen solchen Verdienst, der groß genug wäre, sich und die Seinen vor Hunger und Kälte zu schützen. Zu diesem Schlusse muß jedermann kommen, der mit sozialem Verständnis die trostlosen Verhältnisse betrachtet, in denen das arme Oesterreich jetzt lebt.

Die industrielle Bevölkerung Oesterreichs war vor dem Kriege bekannt wegen ihres willigen Fleißes und ihrer hohen Leistungsfähigkeit. Nun, da der Krieg das wirtschaftliche Leben Oesterreichs völlig vernichtet hat, da alle Kräfte am Werke sein sollten, um eine bessere Zukunft vorzubereiten, erhebt das Gespenst der Arbeitsunlust sein Haupt, alle Nöte und Schwierigkeiten des verkümmerten Staatsgebildes noch vermehrend. Das einzige Gebiet des wirtschaftlichen Lebens Oesterreichs, auf dem reges Leben und vielseitige Anspannung zu herrschen scheint, ist der Handel. Der aber beritt vielfach die bedenklichen Wege des „Ausverkaufs", wodurch die Krise des Staates nur noch vermehrt wird. Die Landwirtschaft beginnt, allerdings nur sehr langsam, sich zu erholen. In der Industrie aber herrschen trostlose Verhältnisse. Der Kohlenmangel lähmt alle Betriebe. Er ist so groß, daß sogar der Eisenbahnverkehr, diese Schlagader wirtschaftlichen Lebens, eingestellt werden mußte. Wenn die Fabriken nicht stille stehen, können sie nur in sehr eingeschränktem Umfange arbeiten. Hierzu zwingt den Unternehmer auch der Mangel an Rohstoffen. Wirkt schon dieser Umstand sehr ungünstig auf die Arbeitsfreudigkeit des Arbeiters, so sieht er sich obendrein noch der Gefahr gegenüber, durch Ausstände und Arbeitsverweigerung immer wieder aufs neue Lohnerhöhungen erzwingen zu müssen, weil die alten, kaum erst bewilligten Löhne mit der rasend wachsenden Teuerung nicht Schritt halten. Können selbst Löhne von 300—400 Kronen in der Woche, wie sie aber nur hochqualifizierte Arbeiter erhalten, auf die Dauer Anziehung ausüben und Arbeitslust erwecken, wenn selbst dieser verhältnismäßig hohe Verdienst kaum hinreicht, für die meist vielköpfige Familie des Arbeiters, die über alle Begriffe kümmerlichen Mengen der rationierten Lebensmittel zu kaufen?! Hinzu kommt, daß die von Staats wegen gewährleistete Ernährung völlig unzureichend ist. Um leben zu können, muß man die wahnsinnig hohen Schleichhandelspreise bezahlen. Dazu aber sind die Bezüge auch der bestgestellten Arbeiter viel zu gering. Woher sollen dann noch die ins maßlose gehenden Auslagen für Brennmaterial, Licht, Bekleidung und Wäsche gedeckt werden? An die Bestreitung sog. Kulturbedürfnisse darf gar nicht erst gedacht werden.

So sieht sich mancher Familienvater, der sonst ein braver und tüchtiger Arbeiter war, vor der bedrückenden Wahl: auf der einen Seite die kümmerlich bezahlte, Hunger und Mangel aller Art nicht verhindernde Beschäftigung in der Fabrik; auf der anderen Seite die lohnende, wenn auch nicht gerade ehrenhafte Tätigkeit des Schleichhandels. Es sind nicht immer die Arbeitsscheuen, die sich schließlich für den Schleichhandel entscheiden.

Man schaffe der Bevölkerung Oesterreichs bessere Existenzbedingungen, sonst geht sie unrettbar an Leib und Seele zugrunde. Erst wenn der Hunger nicht mehr in den Eingeweiden nagt, wenn nicht mehr frostzitternde Hände der Mütter hoffnungslos kranke Kinder in elende Lumpen hüllen müssen, erst dann wird die Arbeitslust wieder erwachen. Ohne Arbeitslust der produzierenden Klassen ist an den dauernden Wiederaufbau Oesterreichs nicht zu denken. Die Mächte, in deren Hand das Schicksal Oesterreichs liegt, müssen das Uebel bei der Wurzel fassen. Kohle, Rohstoffe und Kredite in ausreichenden Mengen werden das wirtschaftliche Leben Oesterreichs ermöglichen, sie werden auch die Kaufkraft des österreichischen Geldes wieder herstellen.

Deutsch-Oesterreich.

Salzburg, 17. Febr. Bei der Abstimmung über den Vortrag des Landeshauptmanns von Vorarlberg, Dr. Ender, „Bundesstaat oder Einheitsstaat", die nach Länder und Parteien vorgenommen wurde, stimmten die Vertreter der Christlich-Sozialen und Deutsch-Freiheitlichen Partei sämtlich vorbehaltlos für den Bundesstaat. Von den sozialdemokratischen Vertretern erklärten sich die Delegierten von Steiermark, von Wien und Niederösterreich für den Bundesstaat. Der sozialdemokratische Vertreter von Oberösterreich erklärte, daß die Mehrheit der österreichischen Parteigenossen für den Einheitsstaat sei. Wenn aber ein Bundesstaat nach dem Willen der Mehrheit geschaffen werden sollte, würden sich auch die sozialdemokratischen Abgeordneten Oesterreichs damit einverstanden erklären. Die sozialdemokratischen Vertreter von Salzburg, Tirol, Kärnten und Vorarlberg sprachen sich für den Einheitsstaat und die Schaffung von eigenen Verwaltungsgebieten aus.

Zeitweilige Einstellung des Güterverkehrs in Oesterreich.

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 17. Febr. (Wiener Corr.-Büro.) Wegen Kohlenmangels wird der gesamte Güterverkehr auf den österreichischen Bahnen vom 16. bis zum 25. Februar eingestellt.

Prozeß Erzberger gegen Helfferich.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 17. Febr. (Wolff.) Im Helfferich-Prozeß wurde heute der Fall Wolff behandelt. Dr. Helfferich behauptet, daß Erzberger enge Beziehungen zu dem großen Eisenhandelsunternehmen Otto Wolff in Köln unterhalten habe, dessen Mitinhaber Otto Karl Strauß dem Minister seine Stellung verdankte und dessen Millionen Ausfuhrgewinne auf der Bevorzugung bei den Informationen durch Erzberger nahestehenden Behörden beruhe. Die Firma habe eine üppige Gastlichkeit unterhalten, an der hochgestellte Beamte teilnahmen. Erzberger weist dagegen auf die Gastmähler der Hamburg-Amerika-Linie hin, an denen Helfferich teilgenommen habe. Beide Parteien leugnen die Beschuldigungen gegeneinander ab, sich des öfteren in übermäßiger Weise haben bewirten lassen. Erzberger erklärte als Zeuge, er sei an der Ernennung Strauß's zum Geheimen Regierungsrat unbeteiligt. Die Firma Wolff sei in keiner Weise begünstigt worden. Er habe mit Strauß und anderen gelegentlich gefrühstückt, weil er aus Zeitmangel wichtige Unterredungen beim Frühstück erledigen mußte. Dr. Alsberg frug, ob Erzberger nicht zu seinen Freunden kurz vor Friedensschluß erklärt habe, der Frieden würde unter allen Umständen geschlossen werden, und ob darauf mit Wissen des Nebenklägers Valutaspekulationen in der Schweiz vorgenommen worden seien. Erzberger erwiderte, seine bekannte Stellung in der Friedensfrage habe er in den Beratungen seiner Fraktion selbstverständlich dargelegt. In wieweit sie nach außen hin bekanntgeworden sei, wisse er nicht. Tips in dieser Richtung habe er niemanden gegeben. Auf eine Frage Dr. Helfferichs sagte er weiter, er sei wohl von beteiligten Persönlichkeiten für den Posten des Generalkommissars für das besetzte rheinische Gebiet bezeichnet worden. Die Sache sei aber an dem Widerspruch des Generals Foch gescheitert. Dr. Helfferich führte weiter an, daß Erzberger Herrn Wolff auch zu den Geschäften der Waffenstillstandskommission zugezogen habe. Zeuge Strauß sagte aus, daß weder er von Erzberger, noch Erzberger von ihm Vorteile gehabt habe.

Zeuge Wolff erklärt ebenfalls, daß weder er von Erzberger noch Erzberger von ihm Vorteile gehabt habe.

Es folgt der Fall Richter. Ein Angestellter im Büro Erzberger von der Kolk befand sich in einer geschäftlichen Privatsache mit dem Ausschuß für Fette und Oele im Streit. Wie Erzberger zugibt, schrieb ihm dieser einen Brief, er könne aus Holland Oel einführen und wolle 3% den Leuten, die damit zu tun hätten, zur Verfügung stellen. Während Erzberger erklärt, den Mann zur Rede gestellt und den Brief zurückgegeben zu haben, stellt Rechtsanwalt Alsberg fest, daß der Brief befürwortend weiter gegeben worden sei.

Erzberger erklärt, sich zu irren. Später hat von der Kolk eine Firma mitbegründet, die ein Patent Richter herstellen wollte, das lediglich für Eisenbahnbehörden in Frage kam. Erzberger war mit 40 000 Mark und 40% Gewinn beteiligt. Die Firma hat einen einzigen kleinen Auftrag erhalten, der nicht ausgeführt wurde. Zeuge Kolk erklärt, beide, er und Erzberger, hätten ihr Geld verloren.

Geheimerat Hoogen vom Eisenbahnministerium sagt aus, daß ein Schreiben Erzbergers, als er schon Staatssekretär war, an den Eisenbahnminister ging, worin er bat, der Firma Gelegenheit zu geben, das Patent vorzuführen.

Helfferich stellt hiermit einen Widerspruch fest gegenüber einer Aussage Erzbergers, daß er nie und nimmer zugunsten einer Privatperson eine Intervention beim Eisenbahnminister unternommen hat. Erzberger klärt dies als eine irrtümliche Auffassung. Die Verhandlung wird dann auf Freitag vertagt.

Französische Anschuldigungsliste.

(Fortsetzung.)

148. Pries und
149. der Chef der Kommandantur des preußischen Truppenteils vom 3. A.K., der gegen Mitte Oktober 1916 in St. Saulve war. Grausamkeiten, um junge Leute zur Arbeit zu zwingen (Anbinden an Pähle, Fesselung der auf dem Rücken gefreuzten Arme mit groben Eisendrähten, die von Zeit zu Zeit schärfer angezogen wurden, wenn der Betreffende sich nicht zur Arbeit bereit erklärte). Die jungen Leute seien so 2 bis 3 Tage angebunden geblieben.
150. Der Oberstabsarzt der Kommandantur von Sedan. Requisition von jungen Mädchen in Sedan und Umgebung, um sie gewaltsam in öffentliche Häuser zu bringen. Zeugnis des Dr. L. . .. der behauptet, ein derartiges Mädchen habe sich losgekauft, indem es einem deutschen Major und dem Herbergswirt 600 Fr. bezahlte.
151. Hauptmann Richards, Komm. des 3. Batls. des 170. Inf.-Regts. Soll am 28. Januar 1915 drei französische Offiziere, die sich weigerten Aussagen zu machen, eigenhändig erschossen haben.
152. Leutnant Bieberstein, 76. Inf.-Regt. 7. Komp. Ermordung des Pfarrers von Esternay (Marne) am 6. September 1914.
153. Komm. General des 8. A.K. Verbrechen von Sommepy, 3. Sept. 1914. Schreckliche Metzelei, Inbrandsetzung des ganzen Dorfes; Franzosen in die brennenden Häuser geworfen usw.
154. General v. Quast 9. K. 155. Major Auer. 156. Major v. d. Schulenburg. 157. Major v. Wessig. Alle vom 89. Inf.-Regt. Absichtliche Brandstiftung, Hinrichtung von Zivilpersonen, Wegschleppung von drei Greisen von 70—80 Jahren als Geiseln in Champugnon (Marne) am 6. September 1914.
158. Der Komm. der 13. Inf.-Div. (7. A.K. 73. u. 74. Inf.-Regt.) Plünderung von Loivre (Marne) und verbrecherische Behandlung von Einwohnern, die unter schweren Mißhandlungen nach Quedlinburg abgeschoben worden seien. September 1914.
159. Komm. Gen. d. 3. Sächs. A.K. Inbrandsetzung von Blacy (Marne) am 8. Sept. 1914 unter der falschen Behauptung, daß man eine Feuerwaffe im Stroh versteckt gefunden habe.
160. Komm. des 73. Inf.-Regts. Plünderung von Courcy bei Reims im Oktober 1914. Zeugnis: Notizbuch eines deutschen Soldaten, in dem es heißt, daß man wirklich von deutschen Barbaren sprechen könne.
161. Leutn. Bikel, 116. bayer. Inf.-Regt. 5. Batl. Soll am 12. September 1914 in Givry-en-Argonne unter Todesdrohungen die Auslieferung eines 15jährigen jungen Mädchens verlangt haben.
162. General v. Kluck, Armeekomm. (mit dem Komm. des 9. u. 18. Inf.-Regts., des 35., 42., 36., 49., 66., 85. Inf.-Regts., des 127. Ref.-Inf.-Regts., des 27. Inf.-Regts., des 32. Ref.-Inf.-Regts. und des 19. Drag.-Regts. Brandstiftung, Plünderung und Hinrichtung von Zivilpersonen in Senlis (darunter der Maire Odent) und zahlreichen Gemeinden des Departements Oise. Es wird behauptet, die deutschen Kolonnen hätten einen dichten Vorhang von Frauen und Kindern vor sich hergetrieben, von denen viele tödlich verwundet worden seien, dann seien die Türen erbrochen, die Häuser und Läden geplündert worden, wohlausgestattete Brandkolonnen hätten zwei Viertel Senlis in Brand gesteckt. Etwas später habe ein höherer Offizier den Befehl gegeben, den Maire, der als Geisel verhaftet worden war, zu erschießen. In dem brennenden Creil hätten die Deutschen Männer vor sich hergetrieben. (Deutsches Notizbuch.) Am 30. August 1914 habe General v. Kluck in Lassigny seinem Wirt, dem Appellationsgerichtspräsidenten Fabre aus Paris erklärt: Wir wollen Frankreich vernichten, es muß verschwinden. In drei Tagen werden wir in Paris sein. Wir werden alle seine Kunstschätze und wirtschaftlichen Reichtümer wegschleppen, es plündern und verwüsten, es soll nichts übrig bleiben als Asche und Trümmer. Paris darf nicht mehr existieren. In Revigny hätten Mannschaften des 127. Ref.-Inf.-Regts. (4. Ref.A.K.) die vor der Feuersbrunst flüchtenden Einwohner niedergemacht und ein deutscher General habe dazu gerufen: Eine gute Lektion für die Einwohner. Im November 1915 habe der Ref.-Offizier Beraschmidt, Rechtsanwalt in Berlin, bei der Kommandantur in Chauny erklärt, die Worte Mitleid und Menschlichkeit sind aus dem Wörterbuch gestrichen.
163. Generalmajor v. Koscielsky, Komm. der 42. pr. Kav.-Brigade. Hinrichtung von Zivilpersonen und Deportationen in Lagny und Porquericourt im September 1914.
164. Graf Haeseler, 11. od. 14. brd. Ul.-Regt. (ebenso).
165. General v. Lochow, Komm. des 3. A.K. u. seine Generalstabsoffiziere. Plünderung des Schlosses von Berbelot am 10. September 1914.
166. Hauptm. Magche, von der 15. preuß. Landw.-Div. Plünderung des Schlosses und der Gemeinde Morlaincourt, verbrecherische Deportationen.
167. Herzog von Mecklenburg. Möbeldiebstähle 1914 in Morlincourt. Zusammen mit
168. seinem Ordonnanzoffizier Goldenberg. Es wird dem Herzog ferner die Plünderung von Noyon und des Schlosses von Babyeuf 1914 und in den folgenden Jahren vorgeworfen.
169. Leutnant Albrecht, Komm. d. 246. Pionier-Komp., die in Noyon Diebstähle begangen haben soll.
170. Barnhagen, Platzkomm. von Noyon. Plünderung der Bibliothek und Entfernung der Möbel des Schlosses Mont Renaud.
171. Prinz Eitel Friedrich von Hohenzollern. Verantwortung für die Plünderungen von Noyon, der Schlösser von Avricourt, Fréton, Effonilly und Caulaincourt. Verletzung des diplomatischen Privilegs. Als der Prinz aus dem Schloß von Avricourt in das von Fréton umzog, habe er in dieses neue Schloß eine große Anzahl anderswo gestohlener Möbel bringen lassen; ferner seien zehn Obstbäume abgesägt und mitgenommen worden, eine Anzahl Brunnen zugeschüttet, die Archive und der Katasterplan zerstört worden.
172. Hauptm. Babel, 44. Ref.-Div. Plünderung von Fréton am 16. März 1917.
173. Der Oberst des 55. Landw.-Inf.-Regts. Plünderung des Schlosses Charlevont, Verletzung von Grabdenkmälern.
174. Braun oder Bruhn, Komm. des 75. Inf.-Regts. Verwüstungen in Ourscamps und Plünderung des Schlosses. Verantwortlichkeit für die Plünderung von Baboeuf.
175. Hauptm. Trapett, Chef der Kol. 87 (7. Armee), Platzkomm. von Notre-Dame-de-Liesse. Plünderung von Marchais 1914 sowie von Notre-Dame-de-Liesse. Die gestohlenen Gegenstände seien in Straßburg und Frankfurt verkauft worden. Die Etappenkommandantur habe die Diebstähle erlaubt und sich daran beteiligt.
176. General v. Ehringen, 1916 in Laon. Plünderung von Laon und Schlössern.
177. General v. Böhn. Plünderungen, verbrecherische Maßnahmen in Guiscard, Brandstiftungen, Dynamitsprengungen, Deportation von Einwohnern, Zwangsarbeit von Frauen und jungen Mädchen. Plünderungen von Laon und des Schlosses von Septmonts. Gestohlen worden sei u. a. ein Schreibtisch im Wert von 30 000 Franken. Salons und auch die Kathedrale seien als Pferdeställe benutzt worden.
178. Hauptm. Berkfeld (Garde) Plünderung der Bibliothek von Laon im März 1917.
179. Dr. Oskar Michelsohn, Direktor des Lazar. der 7. Armee in Effry, dann in Trelon und in Dizy-le-Gros. Wird verbrecherischer Handlungen beschuldigt, die den Tod vieler Kranker herbeigeführt hätten, ferner des Diebstahls von Nahrungsmitteln, Gewaltätigkeiten usw. Angeführt wird das Zeugnis eines Dr. P. der behauptet, M. habe als ein wahrer Henker die ärztliche Ehre und die Gesetze der Menschlichkeit geschändet, wissentlich absichtlich und planmäßig die Sterblichkeit der Kranken gefördert usw.
180. Waechter, Oberstleutn. u. Etappenkomm. Verbrecherische Maßnahmen in Guise (Aisne) 1914.
181. Kroepel, Dr., Chef des Lazaretts in Guise. Verbrecherische Maßnahmen gegenüber Verwundeten, 1918.
182. Sischelschmidt, Kommandant.-Insp. Plünderungen in Vervins und Fontaine-les-Vervins (Aisne).
183. v. Schenk (aus Hamburg), Major und Chef der Kommandantur. Beschlagnahmungen. Deportationen während der Besetzung von Villequier-Aumont und Chauny (Aisne).
184. Bauermeister, Hauptm. u. Chef der Kommandantur von La Fere (7. Mob. Komm. 5. A.K., 7. Armee) Zwangsarbeiten, Deportationen, Fortführung v. Frauen in Danizy (Aisne).
185. Dietz, Leutnant (ebenso).
186. Gneist, Oberstlt. u. Etappenkomm. von La Fere, Deportationen u. Zwangsarbeiten. La Fere, 1916.
187. v. Francois, General. Plünderung, systematische Brandstiftungen, Verwüstungen und Zerstörung aller nutzbaren Gegenstände in der Gegend von Soissons, Oulchy-le-Chateau, Long-Pont, Villers, Cotterets, Systematische Zerstörungen in Arcy-Sainte-Restitue, Chateau de Muret. August 1918.
188. v. Titzke, Major, ließ den Reliquienschrein von Sainte-Restitue (Wert 12 000 Frs.) nach Deutschland schicken und machte sich aus dem Totenlaken der Gemeinde eine Bettdecke. August 1918.

Auswärtige Staaten.

Die Schweiz und der Völkerbund.

(Eigener Drahtbericht.)

Bern, 17. Febr. (Wolff.) In einer Nachtragsbotschaft drückt der Bundesrat hinsichtlich des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund seine Ansicht dahin aus, daß die Bundesversammlung im Prinzip den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund bereits genehmigt und daß nur eine Aenderung des Beschlusses dahin zu erfolgen habe, daß angesichts der Ungewißheit des amerikanischen Entscheides der Beitritt zum Völkerbund von der Entscheidung der Vereinigten Staaten nicht abhängig gemacht werde, um so weniger, als offenbar bei der amerikanischen Entscheidung teilweise Beweggründe der inneren Politik, teilweise Erwägungen bezüglich Amerikas Außenpolitik (Nichteinmischung in europäische Angelegenheiten) in Betracht kommen, die für die Schweiz von nicht unbedingter Geltung sind.

Frankreich, Luxemburg und Belgien.

Paris, 17. Febr. (Wolff.) Anläßlich der vorgestrigen Begegnung zwischen der Großherzogin von Luxemburg und dem Präsidenten Poincaré in Diedenhofen wurden Toaste gewechselt, in denen die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Frankreich und Luxemburg, sowie die gemeinsamen Beziehungen zu dem benachbarten Belgien gefeiert wurden.

Vom Obersten Rat.

London, 17. Febr. Der Oberste Rat trat gestern vormittag zusammen. An der Sitzung nahmen Lloyd George, Lord Curzon, Nitti, Cambon, Berthelot, Chinda, Venizelos und eine Anzahl Sachverständiger teil. Der Rat behandelte die Orientfrage. Venizelos sprach über die Lage Griechenlands im Zusammenhang mit der türkischen Angelegenheit. Am Nachmittag trat der Rat abermals zusammen. Die Verhandlungen dauerten bis in die späte Nacht hinein.

Französische Drohung gegen Bayern.

(Drahtmeldung unseres Münchener Mitarbeiters.)

fr. **München**, 17. Febr. Der „München-Augsb. Abendztg." wird von ihrem Schweizer Mitarbeiter gemeldet, es sollen die in München anwesenden Mitglieder der französischen Ueberwachungskommission den Beschluß gefaßt haben, sich wegen der Straßenkundgebungen im Anschluß an die Münchener Protestversammlung und wegen der Demonstrationen vor dem Hotel der französischen Delegierten nach Paris zu wenden und zu verlangen, daß an Bayern eine scharfe Note gerichtet werde. Bayern soll mit der Hersendung schwarzer Truppen bedroht werden. (Was sind die Münchener Demonstrationen eines über die Schmach des Auslieferungsverlangens empörten Volkes gegenüber der feigen Mißhandlung unserer Vertreter in Versailles, die ein Hohn auf das Völkerrecht waren. Die Red.)

Rücktritt des französischen Botschafters Jules Cambon.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 17. Febr. Nach einer heute veröffentlichten Entschließung im „Journal officiel" ist der Rücktritt des Botschafters Jules Cambon beschlossen worden. Das „Journal des Débats" fügt hinzu, daß Cambon seine Funktionen als Delegierter Frankreichs bei der Friedenskonferenz trotz dieser Maßnahme beibehalten wird.

Eine Rede Poincarés.

Paris, 17. Febr. (Wolff.) Präsident Poincaré hielt in Verdun seine letzte offizielle Rede und sagte hierbei, man habe Deutschland im Friedensvertrag keine Strafentschädigung auferlegt, man habe nicht einmal von ihm die Rückerstattung der Kriegskosten verlangt. Um sich den Wünschen Amerikas anzuschließen, habe man ihm nur die Zahlung der Militärpensionen und der materiellen Kriegsschäden, die es verursacht habe, aufgetragen. Deutschland habe sich verpflichtet, ein bestimmtes Quantum Kohlen zu liefern, um Frankreich dafür zu entschädigen, daß Deutschland die Kohlengruben Nordfrankreichs systematisch ersäufte und zerstörte. Es habe sich ferner verpflichtet, jene seiner Offiziere auszuliefern, die sich Vergehen gegen das allgemeine Recht hätten zu Schulden kommen lassen. Wer könnte zulassen, daß die von Deutschland unterzeichneten Versprechen nicht gehalten würden? Es könnte keinen guten Franzosen geben, der wünschte, daß die Wiedergutmachung herabgesetzt wird. Wie auch immer die endgültige Haltung Deutschlands sein möge: man müsse sich dessen versichern, daß seine Entwaffnung definitiv sei und daß es nicht im Geheimen seine Eroberungs- und Beherrschungsmacht wieder aufrichtet.

Zum Bruch zwischen Wilson und Lansing.

Amsterdam, 17. Febr. „New York Herald" schreibt zum Rücktritt Lansings: Die Beschuldigung der widerrechtlichen Anmaßung von amtlichen Befugnissen, die Wilson gegen Lansing erhoben hat, ist ohne Beispiel in der Geschichte irgend eines Staatsdepartements. Das Volk will alle Begleitumstände wissen, die dieses ungewöhnliche Auftreten des Präsidenten erklären können. „Evening Post" schreibt: Wir können nicht begreifen, daß ein Mann so beschuldigt werden kann, der das Schiff in Fahrt gehalten hat, als der Kapitän krank war. Auch die meisten anderen amerikanischen Blätter verurteilen die Haltung Wilsons.

Haag, 17. Febr. Der „Nieuwe Courant" meldet aus Washington: Die unmittelbare Folge der Angelegenheit Wilson-Lansing wird wahrscheinlich die sein, daß jede Aussicht auf Ratifikation des Friedensvertrages verschwunden ist. Ermutigt durch die neue Verwirrung hätten die Anhänger von Senator Lodge am Samstag abend die Anträge Hitchcocks verworfen, von denen man gerade erwartet hatte, daß sie zur schleunigen Ratifizierung überleiten würden. Nun sei man soweit, wie man im November gewesen sei.

Zu Wilsons Protest gegen das Adria-Kompromiß.

Mailand, 17. Febr. Die Blätter besprechen in einer Sonderausgabe die Note des Präsidenten Wilson an England und Frankreich, in welcher sich dieser gegen das Kompromiß über die jugoslawische Frage ausspricht und die Aufforderung an Jugoslawien, entweder das Kompromiß anzunehmen oder sich dem Londoner Pakt zu unterziehen, nicht billigt. Die alliierten Mächte werden in der Antwortnote an den Präsidenten Wilson zum Ausdruck bringen, daß die Anklage gegen die Loyalität Italiens ungerechtfertigt ist, wenn er behauptet, die vorgeschlagene Lösung des Adriaproblems beschreite den Weg zur Annexion.

Der „Corriere della Sera" für Fiume verboten.

(Eigener Drahtbericht.)

Mailand, 17. Febr. Der „Secolo" berichtet aus Fiume über die Ausweisung Berris, des Korrespondenten des „Corriere della Sera". Danach wurde durch Verfügung der Kommandantur von Fiume die Einfuhr und der Verkauf des „Corriere della Sera" für das Territorium Fiume verboten und Berri ersucht, die Stadt sofort zu verlassen.

Badischer Landtag.

Haushaltausschuß.

(Eigener Bericht.)

Der Haushaltausschuß befaßte sich, wie bereits kurz gemeldet, in seiner Sitzung am Montag vormittag zunächst mit dem im 7. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Jahre 1918 und 1919 enthaltenen Anforderungen aus dem Geschäftskreis des Arbeitsministeriums. Berichterstatter ist der Abg. Dr. Glockner (Dem.). Im außerordentlichen Etat sind als Staatsbeitrag zur Erfüllung der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge — 2. Teilforderung — 1 500 000 Mk. für ein halbes Jahr angefordert. Der Berichterstatter hielt einen orientierenden Vortrag über die einschlägigen Vorschriften. Daß die im 5. Nachtrag für den Rest des Jahres 1919 für die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge bewilligte Summe von 120 000 Mk. um 130 000 Mk. überschritten worden ist ohne daß dem Landtag eine entsprechende Vorlage gemacht wurde, erfuhr die entschiedene Kritik des Berichterstatters, der sich gegen diese Verletzung des Etatgesetzes und des Budgetrech's der Volksvertretung wandte. Ein Zentrumsabgeordneter schloß sich dem Berichterstatter an. Infolge dieser erheblichen Bemängelung wurde die Weiterberatung in der Folge ausgesetzt.

Aus der bisherigen Beratung ist noch hervorzuheben: Der Berichterstatter betonte, daß die materiellen Aufwendungen vom Reich zu übernehmen seien. Der Arbeitsminister erwiderte, es sei die Kriegsbeschädigten- und die Kriegshinterbliebenenfürsorge grundsätzlich Aufgabe des Reichs. Das neue Militärversorgungsgesetz werde eine Zusammenfassung der Kriegshinterbliebenen und der Kriegsbeschädigten bringen. Solange das neue Gesetz nicht feststehe, werde sich Baden auf den Standpunkt zu stellen haben, daß wie bisher das Land eingreifen müsse. Baden werde sich indes bemühen, soviel wie möglich vom Reich zu erhalten. 3 Millionen Jahresbedarf seien allerdings ein hoher Betrag, und die Regierung sei da vielfach auf Schätzungen angewiesen. Es sei aber bei der Höhe in Betracht zu ziehen, daß insbesondere die Städte bisher ganz außerordentliche Aufwendungen gemacht haben. Es sei ein Hauptanliegen der Regierung gewesen, daß die Städte der Städteordnung mit ihrer vorzüglichen Organisation selbständige Fürsorgestellen bilden. Von den Städten seien Aufwendungen gemacht, die sicher in die vielen Millionen gehen, und diese Aufwendungen müßten jetzt übernommen werden. Ueber die Regelung, die das neue Militärversorgungsgesetz treffen werde, lasse sich noch nichts sagen und infolgedessen auch nicht darüber, ob die Summe von 3 Millionen Mk. dauernd im badischen Etat erscheinen werde. Es müsse dafür Sorge getragen werden, daß für unsere Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen das Möglichste geschieht. Wir stehen in Baden mit unseren Kriegsbeschädigten auf besonders gutem Fuße.

Von einem Zentrumsabgeordneten wurde eine volkstümliche Sammlung der einschlägigen Vorschriften gewünscht, daneben solle eine eingehendere Darstellung gegeben werden. Beim Militärversorgungsgesetz solle die Gesamtregierung und, soweit es sich um finanzielle Anforderungen handle, auch der Landtag mitwirken. Das Verhältnis zwischen Reich und Land und jenes zwischen den großen Städten und dem übrigen Land müsse klargestellt werden.

In seiner Sitzung vom Dienstag vormittag bewilligte der Haushaltausschuß die Anforderungen des Kultusetats. Als Dotation des Erzbistums wurden 33 300 Mk. für das Domkapitel und als Beitrag zu den Kosten der Erzbischöflichen Kanzlei 18 500 Mk. genehmigt. Die sozialdemokratischen Mitglieder enthielten sich dabei der Abstimmung. Ebenso wurde bei Stimmenthaltung der Sozialdemokratie ein einmaliger Zuschuß in Höhe von 1 735 100 Mark zur Gewährung von Teuerungszulagen an Geistliche aller Bekenntnisse bewilligt. Zuvor war ein sozialdemokratischer Antrag, diesen Betrag nur als Vorschuß zu genehmigen, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt worden. Die außerordentliche wirtschaftliche Notlage weiter Kreise der Geistlichkeit wurde allgemein anerkannt. In der Beratung über die Position nahm sich ein demokratischer Abgeordneter der israelitischen Religionslehrer an, deren materielle Lage besonders ungünstig sei. Ein Regierungskommissar erkannte die Notlage eines Teils der israelitischen Religionslehrer an und sicherte zu, er werde im Oberrat der Israeliten erneut auf eine bessere Stellung der Religionslehrer hinwirken. Die Anforderungen für die Hochschulen wurden bewilligt. Nur die Position zur Einrichtung eines Kosttisches für die Studentenschaft der Universität Freiburg (eines mensa academica), durch die für die Ermöglichung der Studiums Bedürftiger gesorgt werden soll, blieb ausgesetzt, da ein Mitglied der Zentrumspartei Bedenken gegen diese Forderung geltend machte. Der Unterrichtsminister betonte demgegenüber eindringlich die Angemessenheit der Forderung.

Badische Politik.

Mandatsniederlegung.

In dem Briefe, in dem Abg. Massa dem Vorsitzenden der demokratischen Fraktion des Badischen Landtags mitteilt, daß er sein Mandat zum Landtag niederlegt, heißt es:

„Mit Gegenwärtigem muß ich Ihnen eine wenig erfreuliche Mitteilung machen, nämlich die, daß ich mich zu meinem Bedauern aus Gründen persönlicher Natur gezwungen sehe, mein Landtagsmandat niederzulegen. Wenn ich hierbei das Wörtchen „persönlicher" unterstrichen habe, so geschieht es deshalb, um jeden Versuch Außenstehender, meinem Austritt aus der Fraktion eine andere Deutung zu geben, von vornherein unmöglich zu machen. Der Entschluß ist mir mit Rücksicht auf die Wirkung, die diese wiederholten Mandatsniederlegungen auf die Partei ausüben, schwer geworden, aber er ist unaufschiebbar."

Schule und Kirche.

Zum Geschichtsunterricht.

Der preußische Kultusminister hat folgende Verfügung erlassen: „Da die bisher gebrauchten Lehrbücher für Geschichte den jetzt zu stellenden Anforderungen nicht entsprechen, so ist eine durchgreifende Umarbeitung dieser Bücher erforderlich, die erst nach der Reichsschulkonferenz erfolgen kann. Für die Uebergangszeit bestimme ich, daß die bisher eingeführten Lehrbücher für Geschichte im Klassenunterricht nicht weiter zu benutzen sind und ihre Anschaffung von den Schülern und Schülerinnen nicht mehr verlangt werden darf."

Letzte Nachrichten.

Kommunalisierungsgesetz. — Reichstagswahlgesetz.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 17. Febr. (Wolff.) Der Entwurf eines Kommunalisierungsgesetzes war fertiggestellt. Bei dem Sinken der Valuta und dem Schwanken des Geldwertes hat aber die ursprünglich gestellte Forderung auf Gewährung einer Entschädigung, die ähnlich wie beim Elektrizitätsgesetz sich auf den Wert der Unternehmungen vor dem Kriege gründen sollte, nicht mehr aufrechterhalten werden können, wenn man nicht große Unbilligkeiten hervorrufen wollte. Es haben daraufhin neue Verhandlungen über die Wertfestsetzung in die Wege geleitet werden müssen, die dem Abschluß nahe sind. Das Gesetz wird der Nationalversammlung noch vorgelegt werden.

Das Reichstagswahlgesetz kommt in der vom Reichsministerium des Innern vorgeschlagenen Form in dieser Woche ins Kabinett.

Beginn des Caillaux-Prozesses.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 17. Febr. (Wolff.) Heute nachmittag begann vor dem zum Obersten Staatsgerichtshof erklärten Senat die Verhandlung gegen Joseph Caillaux. Caillaux ist angeklagt, von der Kriegserklärung an bis zum Jahre 1917 in Frankreich und im Auslande gegen die Sicherheit des Staates Anschläge unternommen und ein Einverständnis mit dem Feinde gesucht zu haben, um dessen Pläne gegenüber Frankreich und seinen Alliierten zu begünstigen. Dies sind Vergehen gegen das Strafgesetz und gegen das Militärjustizgesetz. Die erste Sitzung ist mit der Verlesung der Anklageakten ausgefüllt, während in die Debatte selbst erst am Freitag eingetreten wird.

System „Müller"
Scheunenbauten | Landw. Bauten jeder Art
Feldscheunen, Heuscheunen, Gerätteschuppen * Arbeiterhäuser, Stallungen
Broschüre und Preisangebote kostenfrei
164 AMBI, Abt. I, 96 Berlin-Johannisthal.

Ratten, Mäuse, Wanzen, Käfer etc.
beseitige ich vollständig mittelst meinen noch nie versagten Spezialmitteln, selbst da, wo schon viele Mittel ohne Erfolg angewandt waren
Zur Selbstvertilgung: Packung à Mk. 3.50 erhältlich.
Versicherungs-Institut gegen Ungeziefer
Herrenstraße 5. F. Höllstern, Telephon 3196.
Filiale: Nullestraße 10.
Baden-Baden: Seilerstraße 3.

Die neuen Steuern und das Handwerk.

Am 13. Februar, abends, sprach der Syndikus der Handwerkskammer Karlsruhe Herr Endres in einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung des Gewerbevereins Karlsruhe über das vorangesetzte Thema. Als schweren Mißstand der neuen Gesetzgebung bezeichnet der Redner die allgemeine Rechts- und Verkehrsunsicherheit, die nicht nur durch das unübersehbare, kaum von dem Fachmann zu verarbeitende Gesetzesmaterial, sondern noch mehr durch die Ungewißheit über die Art und Zeit der praktischen Verwirklichung der einzelnen Steuergesetze verursacht wird. Auch Handwerk und Gewerbe haben das dringende Bedürfnis, Steuergesetze von so außerordentlicher Tragweite, nachdem sie einmal als gewichtige Faktoren des künftigen Wirtschaftslebens in die Welt gesetzt sind, möglichst sofort in ihrer praktischen Wirkung klargestellt zu erhalten, damit der gewerbliche Mittelstand nicht im Ungewissen bleibt und sich in seinen wirtschaftlichen Plänen rechtzeitig auf die außergewöhnliche Steuerlast einstellen kann.

Ein ganz erheblicher Teil der umfassenden Pläne unseres Finanzministers hat seine Erledigung gefunden. Wenn sich auch Handwerk und Gewerbe, die an der Wiederaufrichtung unseres zerrütteten Wirtschaftsorganismus tätigen Anteil nehmen, sich dem Gedanken nicht widersetzen, daß es in weitaus schärferer Weise zur Deckung des enormen Finanzbedarfes herangezogen werden, als es früher der Fall war, so kann man sich andererseits doch nicht der bangen Sorge wegen der Wirkungen verschließen, die einzelne Steuergesetze unzweifelhaft auf den gewerblichen Mittelstand ausüben werden.

Der Redner kommt sodann in ausführlicher Weise auf die einzelnen Gesetze selbst zu sprechen und schildert an praktischen Beispielen die Wirkungen, die namentlich einige der bereits verabschiedeten Steuergesetze auf das Handwerk ausüben müssen. Vor allem sind es die Kapitalertragssteuer, das Reichsnotopfer, die Umsatzsteuer und die Aufwandssteuer, die von dem Redner unter die Lupe genommen werden. So faßte er seine Ausführungen über das ganze Umsatzsteuergesetz dahin zusammen, daß alles, was durch Schönheit der Form, der Farbe, Verredelung oder Gediegenheit des Stoffes dem Käufer Freude machen könnte, künftighin luxussteuerpflichtig sein wird.

Nachdem noch eingehend die Einkommensteuer behandelt worden ist, streift der Redner die neuen Kriegsabgaben vom Vermögenszuwachs und Mehreinkommen, sodann die Erbschafts- und die Körperschaftssteuer. Kommen die vorausgesehenen Summen auf, und das muß man bei der derzeitigen Wirtschaftslage Deutschlands füglich bezweifeln, so ist nur der innere Reichsbedarf gedeckt. Für die Kriegsentschädigung ist noch nichts vorgesehen; wir brauchen also noch einen zweiten Akt in diesem Drama, in dem die Kohlensteuer die Hauptrolle spielen dürfte.

Nachdem sich der Vortragende noch mit kurzen Worten über die Zukunftsaufgaben der Wirtschaftspolitik, die in engem Zusammenhange mit den zu erwartenden Erträgnissen der neuen Steuern stehen, geäußert hatte, gibt er der zuversichtlichen Hoffnung Raum, daß nach Durchschreitung eines tiefen Tales der Entbehrung und Arbeit das Morgenrot einer neuen besseren Zeit auf die Dauer nicht ausbleiben wird. Vielmehr wird und muß wieder eine Zeit kommen, in der Arbeit, Fleiß und Strebsamkeit wieder einen ihrer würdigen Lohn finden. Aber nach der endlichen Gesundung des deutschen Volkes werden wir gänzlich veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen gegenüberstehen, in der die Einzelnen wenig, die Gesamtheit alles bedeutet. Nicht der einzige Gewerbetreibende wird sein Schicksal in der Hand haben, sondern die Gesamtheit der Berufsgenossen.

Die überstürzte Einführung von zahlreichen neuen Steuern ist weiterhin ein Grund für die möglichst rasche fachliche Durchorganisierung des gesamten Handwerks.

Aus Baden.

Amtliche Nachrichten.

Ernennungen, Versetzungen usw.

Das Staatsministerium hat den Bezirksarzt Dr. Eduard Hummel in Neustadt zum Hilfsreferenten für Medizinalwesen beim Ministerium des Innern ernannt.

Das Arbeitsministerium hat den früheren Hofbeamten Kanzleisekretär Ludwig Hahn mit der Amtsbezeichnung Verwaltungssekretär in den badischen Staatsdienst übernommen und dem Gewerbeaufsichtsamt zugewiesen.

Zur Baustoffbeschaffung.

* **Karlsruhe**, 17. Febr. Es ist in Aussicht genommen, unter der Beteiligung der Städte, der Siedelungs- und Landbank und des Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen eine „Gemeinnützige Baustoffgesellschaft m. b. H." zu gründen, der die Beschaffung von Baustoffen obliegt. Die Gesellschaft, an der sich die badische Regierung mit einem Beitrag von 160 000 Mk. beteiligen will, soll die notwendigen Baustoffe zunächst durch den Kauf im großen bei den Erzeugern beschaffen. Wenn die Lieferung hierdurch nicht in befriedigender Weise sichergestellt werden kann, so soll die Gesellschaft erforderlichenfalls auch die Erzeugung selbst in die Hand nehmen, z. B. durch Pacht oder Kauf von Ziegeleien und Sägewerken.

Aus dem kommunalen Leben von Mannheim.

(Eigener Bericht.)

tr **Mannheim**, 14. Febr. In der gestern Nachmittag abgehaltenen Bürgerausschußsitzung stand eine elf Punkte umfassende Tagesordnung zur Beratung. Eine ausgedehnte grundsätzliche Aussprache veranlaßte die vom Stadtrat beantragte Kommunalisierung mehrerer privater Fürsorgeeinrichtungen, die sich wegen Geldmangels nicht mehr selbst erhalten können: des Krippe-Mutterheims in der Seckenheimer Straße, der Kinderkrippe in der Fröhlichstraße und des Mütter- und Säuglingsheims Neckarau. Von der Linken wurde die Übernahme des Arbeitsnachweises der Industrie durch die Stadt begrüßt. Den Bürgerausschußmitgliedern konnte noch im letzten Augenblick eine vom Vorstand des städtischen Arbeitsnachweises verfaßte Denkschrift überreicht werden, die die Vereinheitlichung des gesamten Arbeitsnachweises in Mannheim zum Gegenstand hat. Der städtische Respizient, Stadtrat Böttger, gab die Erklärung ab, daß alle für die Ausgestaltung des Arbeitsnachweises in Betracht kommenden Instanzen gehört werden sollten, konnte aber trotzdem nicht verhindern, daß eine endlose Debatte einsetzte. Die Vorlage wurde aber wie die vorhergegangenen schließlich einstimmig genehmigt. Die Übernahmekosten belaufen sich auf 127000 M. Hierzu kommen die Betriebskosten für das erste Vierteljahr 1920 mit 25000 M. Der Stadt wird die Ausgestaltung des Arbeitsnachweises noch teuer zu stehen kommen, da man bereits an die Errichtung eines eigenen Heims denken muß. Nach längerer Aussprache wurden 20400 M für die Einrichtung einer Elektrolyt-Chlor-(Wasserreinigungs-)Anlage im Herschelbad bewilligt. Dieses nun schon über zwei Jahre fertiggestellte Hallenbad kann immer noch nicht dem Betrieb übergeben werden, weil es an Heizmaterial fehlt. Man würde bei voller Betriebsführung jeden Tag 130 Zentner Kohlen benötigen. Da man einen derartigen Aufwand angesichts der Tatsache, daß selbst die Schulbäder wegen Kohlenmangels geschlossen werden mußten, nicht verantworten kann, war die Meinung über den Termin der Inbetriebnahme geteilt. Während von der Rechten darauf hingewiesen wurde, daß die Vergnügungsstätten immer noch geheizt werden können während die Schulkinder immer mehr verschmutzen und in zunehmendem Maße an Hautkrankheiten leiden, wurde diesem Argument von der Linken entgegengehalten, daß die Vergnügungsstätten überhaupt nicht mit rationiertem Brennmaterial geheizt werden. Die Inbetriebnahme des Hallenbades wird weiter verzögert durch umfangreiche Reparaturen, die dadurch nötig werden, daß sich der Plättchenbelag von den Wänden der Badezellen abzulösen beginnt. Von den Firmen, die diese Arbeiten ausgeführt haben, wird behauptet, durch die Nichtbenützung des Bades habe es für die Bindung des Zementes unter den Platten an Feuchtigkeit gefehlt. Als ein demokratischer Stadtverordneter durch eine Anfrage Licht in die mysteriöse Angelegenheit bringen wollte, wurde er vom Oberbürgermeister mit der Bemerkung abgefertigt, daß sie nicht zur Sache gehöre. Und als ein demokratischer Stadtrat nicht locker ließ und darauf hinwies, daß die Beantwortung der Anfrage für die Abstimmung von Bedeutung sei, erklärte schließlich der Oberbürgermeister, daß er die Anfrage schriftlich beantworten werde. Die bürgerlichen Mitglieder ließen sich diese Behandlung ruhig gefallen, anstatt zum Zeichen des Protestes den Saal zu verlassen. Dafür stellten um 8 Uhr die Vertreter der Presse die Arbeit ein, als man sich über die Zeitaufwandsentschädigung der Stadträte nicht schlüssig werden konnte. Außerdem standen noch zwei Punkte auf der Tagesordnung, die noch nicht erledigt waren. Und schließlich ging das Gerücht um, daß man sich noch über die neuen Teuerungszulagen für das städtische Personal unterhalten wollte.

= **Malsch** b. Wiesloch, 17. Febr. Eine Liebestragödie hat sich hier abgespielt. Die Zigarrenarbeiterin Margarete Schmidt aus Kirchheim b. Heidelberg hatte mit einem 19jähr. Burschen, namens Josef Beck, ein Liebesverhältnis unterhalten, das von den Eltern nicht gebilligt wurde. Die beiden faßten den Plan, aus dem Leben zu scheiden und tranken Lysol. Das Mädchen erlag der giftigen Flüssigkeit, während der Bursche nur so wenig getrunken hatte, daß er verhaftet werden sollte. Er erhängte sich.

= **Mückenloch**, b. Heidelberg, 17. Febr. Ein aus der Zwangserziehungsanstalt Schwarzacherhof entlaufener Zwangszögling stürzte im hiesigen Steinbruch ab und war sofort tot.

= **Kehl**, 17. Febr. In Windschläg wurde ein Schweinehändler mit einem Wagen voll Schweinen, die er nach Straßburg durchschmuggeln wollte, abgefaßt und nach Offenburg gebracht.

= **Freiburg**, 17. Febr. Am Sonntag, etwa um 3½ Uhr früh, wurde ein Mann in der Nähe der Karlskaserne von zwei noch unbekannten Männern überfallen, mit Fäusten geschlagen und seines Mantels, Uhr und Kette beraubt. Als Täter kommen 20—25jährige Leute in Betracht.

= **Donaueschingen**, 17. Febr. Der 61jährige Spediteur Emil Stocker wurde tot aufgefunden. Man glaubt, daß er infolge seiner hochgradigen Kurzsichtigkeit vom Wege abgekommen und verunglückt ist.

= **Markdorf** (Bodensee), 17. Febr. Die Untersuchung in der Ermordung des Kaufmanns Joh. Maurer hat bis jetzt noch keine Anhaltspunkte über den oder die Täter gebracht. Die Untersuchung ergab nur, daß Maurer mit einem Beil getötet worden ist, was sich in der Wohnung auch vorgefunden hat.

= **Salem** b. Ueberlingen, 17. Febr. In den Räumlichkeiten des ehem. Cistercienserklosters Salem wird im Frühjahr eine Mittelschule, die den Charakter einer Privatlehranstalt tragen wird, eröffnet werden. Prinz Max von Baden hat sich bereit erklärt, die Kosten für die Schule zu tragen, die in späteren Jahren zu einer neunklassigen Mittelschule ausgebaut werden soll.

Aus dem Stadtkreise.

Erhöhung der Trägerinnenlöhne. Der Transportarbeiterverband Karlsruhe, in dem die Zeitungsträgerinnen der Karlsruher Zeitungen organisiert sind, ist Mitte Januar an die Verlage mit einer neuen Erhöhung der Trägerinnenlöhne herangetreten. Nach eingehender Beratung konnten die Verlage die Berechtigung der Forderung nach einer Erhöhung nicht in Abrede stellen und mußten daher eine 50prozentige Zulage ab 1. Februar genehmigen. Da jedoch die auf 1. Januar ganz unerwartet eingetretene ungeheuere Papierpreis-Erhöhung von den Verlegern vollständig selbst getragen werden mußte, so ist es den Verlegern der hiesigen Zeitungen nicht möglich, auch noch diese neue Belastung allein auf sich zu nehmen. Die Zeitungen sehen sich daher genötigt, durch nachträgliche Erhebung des erhöhten Trägerinnenlohnes ab 1. Februar einen Ausgleich zu schaffen. Wir bitten unsere Karlsruher Leser, die von den Trägerinnen nächster Tage zum Einzug kommenden erhöhten Trägerinnen-Gebühren unter Berücksichtigung der für die Trägerinnen ebenso schwerer Zeit gütigst bezahlen zu wollen.

Der Aschermittwoch leitet die „stillen Wochen" ein, die Zeit der bis zum Karsamstag dauernden vierzigtägigen Fasten. Die kirchliche Bedeutung des Aschermittwochs erblicken die Katholiken in einer allen frommen Gläubigen vorgeschriebenen Bußübung, die auch äußerlich ihren Ausdruck findet, wenn der Büßer ein Aschenkreuz auf die Stirn gezeichnet. Ein solcher Brauch an sich, zum Zeichen einer großen Betrübnis das Haupt mit Asche zu bestreuen oder auf Asche zu liegen oder zu knien, ist uralt und stammt offenbar von der Anschauung her, daß die Asche das Symbol der Vergänglichkeit alles Irdischen sei. Ja, weil man sich dieser symbolischen Bedeutung inne war, wurde für die kirchlichen Zeremonien des Aschermittwoch immer nur die Asche verwandt, die beim Verbrennen der Palmzweige des Palmsonntags vom Jahre zuvor gewonnen worden war, denn gerade diese Zweige waren, ehe sie zu Asche zerfielen, das Zeichen einer besonderen Sieges- und Lebensfreude gewesen. Auf die symbolische Bedeutung der Asche weisen übrigens auch die Zeremonien eines von den Andern im Lauf des März gefeierten religiösen Festes hin, dessen Glaubenssatzungen in gleicher Weise gebieten, daß man zum Zeichen trauernder Demut die Stirn mit Asche bestreiche. Der Volksbrauch, der mit dem Aschermittwoch schon von jeher allen möglichen Aberglauben verknüpft hat, pflegte den Uebergangstag vom Uebermut zur Buße früher durch Festmähler zu begehen, bei denen man sich besonders an Fischen und andern Fastenspeisen gütlich tat. In weit zurückliegenden Zeiten war der Aschermittwoch vor allem für die alten Jungfern ein mehr als unbehaglicher Tag, da es in einigen süddeutschen Gegenden — wie denn überhaupt die Aschermittwochsbräuche hauptsächlich im katholischen Süden zu finden sind — Sitte war, daß man jedem Mädchen, das keinen Ehemann gefunden, aber bereits das dreißigste Jahr erreicht hatte, eine Tür auf den Rücken band, mit der das Jüngferchen nun den ganzen Tag lang keuchend durch die Straßen laufen mußte. Auch besondere Wetter- oder Bauernregeln kennt der Aschermittwoch; eine möglichst günstige Witterung ist an diesem Termin deshalb wünschenswert, weil das Aschermittwochswetter die ganze Fastenzeit hindurch anhalten soll. „Scheint die Sonn' am Aschentag, sie vierzig Tage scheinen mag."

Die neuen Monatskarten auf der Straßenbahn findet keinen Anklang. Dazu meint das Städt. Nachrichtenamt: Es scheint, daß in der amtlichen Bekanntmachung s. Zt. der Unterschied der verschiedenen Arten von Monatskarten und ihr Zweck nicht klar genug zum Ausdruck gekommen ist. Der neue Straßenbahntarif sieht zweierlei Monatskarten vor: Monats-Streckenkarten und Monats-Netzkarten. Der Preis für Monats-Streckenkarten von 1 bis mit 5 Teilstrecken beträgt 24 M, für solche über 5 Teilstrecken 36 M. Sie sind hauptsächlich für Fahrten von der Wohnung zum Tätigkeitsort und umgekehrt vorgesehen. Bei mehr als 2 Fahrten am Tage ist ihre Benützung durchaus vorteilhaft, bei 4 Fahrten zahlt der Inhaber dieser Karte für jede Fahrt nur die Hälfte des Preises einer Einzelfahrt.

Dem Wunsch, verschiedene Strecken der Straßenbahn auf Grund einer Monatskarte benützen zu können, ist durch die zweite Art der Monatskarte, die Monats-Netzkarte, in jedem beliebigem Umfang Rechnung getragen. Die durch eine solche Netzkarte bedingte sehr starke Inanspruchnahme der Bahn kommt in dem entsprechend hohen Preise von 50 M zum Ausdruck.

Vorsicht! Wir werden gebeten, mitzuteilen, daß ein Scheck im Betrage von 80 000 M, ausgestellt vom Bankhause Joseph Zettl in Köln, von einem Freunde dieser Bank verloren wurde.

Vergrößerungsschwindel. In letzter Zeit ist erneut die Wahrnehmung gemacht worden, daß Reisende sog. Vergrößerungsanstalten versuchen, Aufträge zur Vergrößerung von Bildern Angehöriger, Gefallener usw. zu erhalten. Bei Eintreffen der Nachnahme-Sendung wird dann oft ein erheblich höherer Betrag als der vereinbarte angeblich für Spesen, Rahmen, Verpackung usw. verlangt. Bei Annahmeverweigerung ist dann meistens die geleistete Anzahlung verloren. Es empfiehlt sich daher stets, bei Bedarf eines der photographischen Fachgeschäfte am Platze zu benützen. (Siehe die Anzeige.)

Städtische Künstlerkonzerte in der Festhalle. Obwohl die letzten Künstlerkonzerte einen ungünstigen Besuch aufwiesen, ist die Stadtverwaltung doch entschlossen, die Konzerte zunächst noch versuchsweise fortzusetzen in der Hoffnung, daß sich der Besuch noch bessert und damit die Konzerte als eine ständige Einrichtung beibehalten werden können. Um der fortschreitenden Jahreszeit Rechnung zu tragen, ist beabsichtigt, die Konzerte mit Wirkung vom nächsten Sonntag an als Abendkonzerte abzuhalten. Für nächsten Sonntag ist ein besonders sorgfältig gewähltes Programm zu erwarten, in dem eine musikalisch-pantomimische Tanzvorführung, ein „Schäferspiel", hervorragen wird. Wirtschaftsbetrieb ist wieder vorgesehen.

Gartenbauverein. In der jüngsten Monatsversammlung hielt Geh. Hofrat Professor Dr. Klein von der Techn. Hochschule einen Vortrag über „Fleischfressende Pflanzen". Erst zu Ende des 18. Jahrhunderts wurde die Wissenschaft auf die Eigenschaft gewisser Pflanzen, Insekten einzufangen und auszusaugen, aufmerksam. Die bekanntesten bei uns vorkommenden Pflanzen dieser Art sind die Sonnentaupflanzen. Durch Ausscheidungen von Honigdrüsen werden die Insekten angelockt, durch klebrige Fangarme, die sich nach und nach über dem Insekt schließen, festgehalten und durch Absonderung von Säften ausgelaugt und verdaut. Weitere bei uns vorkommende Arten sind der Wasserschlauch und das Fettkraut. Der lehrreiche, durch eine große Anzahl meist farbiger Lichtbilder unterstützte Vortrag fand dankbarste Aufnahme; die übliche Blumenverlosung bildete den Schluß des Abends.

Der Zirkus Holzmüller bietet ein neues Programm. In diesem bilden die Vorführung des Loowina über dem Löwenkäfig den nervenspannenden Höhepunkt. Es ist eine eigenartige Zusammenstellung, die man wohl selten zu sehen bekommt. Die Drahtseilkünste des Koreaners Tschin Arr hoi, der hauptsächlich mit staunenswerten Salti brilliert, sind bekannt. Eine Kraftleistung erster Klasse zeigt der muskulöse Arthonis, der zudem noch das Deckenlaufen in einer verblüffenden Sicherheit vollführt. Auch die übrigen Neuheiten fesseln das Publikum, wie die schon besprochenen Dressurleistungen, die manches Sehenswerte bringen.

Veranstaltungen.

Märchenabend mit Lichtbildern. Auf den heute nachmittag um 4 Uhr im Eintrachtsaal stattfindenden Märchenabend mit Lichtbildern von Frl. Maya Massa (Berlin) sei nochmals hingewiesen. Der Nachmittag ist hauptsächlich für unsere Kleinen bestimmt. Karten in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße, und an der Abendkasse.

Konzert F. Peischer und H. Rohr. Das Konzert „Aus 8 Entwicklungsepochen der deutschen Violin-Sonate" von Konzertmeister Josef Peischer und Kapellmeister Dr. Hans Rohr erweckt großes Interesse. Neben der ernsten Größe der G-Moll-Sonate Joh. Seb. Bachs steht Beethovens lichterfüllte „Frühlings-Sonate" op. 24. Mit Richard Strauß' Violin-Sonate in Es-Dur, einem von Schumannscher Romantik beeinflußten Werke, klingt der Abend aus. Kartenverkauf in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße.

Der Karlsruher Regatta-Vereinigung ist es gelungen, einen der berühmtesten deutschen Rennruderer, Herr Hermann Wilker-Ludwigshafen, Sieger auf der Olympia-Regatta in Stockholm 1912, für einen Vortrag „Rennrudern" zu gewinnen. Der Vortrag findet am nächsten Samstag im Saal III der Brauerei Schrempp statt. Der Besuch ist für die Mitglieder der hiesigen Rudervereine, sowie für alle Sportfreunde unentgeltlich. M.

Oeffentlicher Vortrag. Den zweiten in der Reihe der vom hiesigen Alt-katholischen Männerverein veranstalteten öffentlichen Vorträge über zeitgemäße kirchlich-religiöse Fragen hält am Montag, den 23. Februar abends 8 Uhr, Stadtpfarrer Dr. Steinwachs aus Mannheim im großen Rathaussaal. Er spricht über „Erziehung zur Religion". Den Vorverkauf der Eintrittskarten hat die Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße.

Kaffee Bauer. Heute Mittwoch findet Sonderkonzert der verstärkten Kapelle statt. (Siehe die Anzeige.)

Residenz-Lichtspiele. Waldstr. 30 wird nach jahrelanger Pause einen Film mit Asta Nielsen, „Rausch", (nach dem gleichnamigen Drama von Strindberg) vorführen. — Schillerstr. 22 zeigt im neuen Programm den Film „Das Herz des Casanova". Als zweites Stück gelangt zur Vorführung „Das Gebot der Liebe". Schauspiel in 5 Akten mit einem Massenaufgebot von erstklassigen Künstlern. — Kaiserstr. 5 steht an erster Stelle „Das Geheimnis des Hotel X". „Durchlaucht wider Willen" ist ein Lustspiel in 3 Akten. Als Einlage sieht man „Den Boxkampf Jeffries—Johnson".

Standesbuch-Auszüge.

Eheschließungen. 17. Febr.: Jul. Tschunie von Sankt Jauer, Küchenchef hier, mit Kunigunde Götz von Ottersweier; Josef Huber von hier, Schlosser hier, mit Elsa Heß von Einsiedel; Friedolin Bitterwolf von Illingen, Bäcker hier, mit Pauline Riel von Plittersdorf; Heinrich Wandelmaier von hier, Mechaniker hier, mit Karoline Maier von hier.

Todesfälle. 15. Febr.: Adolf Hauber, Fuhrmann, alt 18 Jahre. — 16. Febr.: Lud. Beckmann, Fuhrmann, Witwer, alt 57 Jahre; Lud. Düball, Rechn.-Rat a. D., Witwer, alt 80 Jahre; Karl Mellert, Werkmeister a. D., Ehemann, alt 76 Jahre. — 17. Februar: Ernestine Stober, alt 67 Jahre, Ehefrau von Martin Stober, Maurer.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Mittwoch, 18. Februar: 2 Uhr: Luise Burkard, Kfm.-Ehefrau, Rüppurrerstr. 90a. — ½3 Uhr: Ludwig Düball, Rechnungsrat, Akademiestr. 51. — 3 Uhr: Christine Uhlig, Musikers-Witwe, Sofienstraße 93 (Feuerbestattung). — 4 Uhr: Ludwig Beckmann, Fuhrmann, Zähringerstraße 4.

Sport / Spiel / Turnen.

Karlsruher Fußballverein — Wien-Rudolfshügel 3:1, Halbzeit 1:0.

Der gute Ruf der Wiener Mannschaft hatte auch die Karlsruher Sportleute auf die Beine gebracht. Ueber 5000 Zuschauer wohnten dem Spiele bei und karaten nicht mit ihrem Beifall und ihrer Sympathie für die schönen einwandfreien Leistungen der Gäste; ihre Technik und Ballbehandlung war vorzüglich, die starke kräftige Mannschaft hinterließ den besten Eindruck, auch ohne einen Sieg errungen zu haben. K.F.V. hatte diesem Gegner seine spielstärkste Mannschaft mit Fuchs in der Stürmerreihe entgegengestellt. Die Einheimischen trugen gleich zu Anfang einige sehr gefährliche Vorstöße vors Wiener Tor, die der Torwart glänzend beseitigte. Nun kam auch die Wiener Mannschaft in Schwung. Nach ungefähr 20 Minuten dauernden, gleichwertigen Spiel begannen die Einheimischen zu drängen, nach drei Eckbällen fiel nach einer halben Stunde durch Fuchs das erste Tor. Auch die letzte Viertelstunde hatte K.F.V. etwas mehr vom Spiel, was in zwei weiteren Eckbällen zum Ausdruck kam. Halbzeit 1:0.

Nach der Pause zeigten die Einheimischen wieder zu Beginn sich etwas überlegen, doch nicht lange währte es, dann waren sie gründlich zur Verteidigung gezwungen. Die Gäste erzielten nach einer knappen Viertelstunde ihr erstes Tor und den Ausgleich. Ihre Ueberlegenheit hielt weiter an, man rechnete, da die Karlsruher Mannschaft auf ihrer Spielseite festgehalten wurde, mit einem Siege der Gäste. In den letzten 20 Minuten rafften sich aber die Einheimischen energisch auf und trugen das Spiel zusehends auf die Wiener Seite. Die Wiener, die sich vorher zu sehr ausgegeben, wohl auch unter den verflossenen Spielen in Stuttgart und Pforzheim noch ermattet schienen, können sich die letzten zehn Minuten der ungestümen Angriffe nicht mehr mit Erfolg erwehren. Wohl gelingt es dem Torwart, vier scharfe Schüsse hintereinander abzulenken, doch kann er es nicht verhindern, daß in den letzten vier Minuten der Ball noch zweimal ins Netz geigt wird, so daß das interessante Spiel mit einem Siege von K.F.V. von 3:1 Toren seinen Abschluß fand.

Tagesanzeiger.

(Näheres ist aus dem Anzeigenteil zu ersehen)

Mittwoch, den 18. Februar 1920.

Bad. Landestheater. „Troubadour". Anfang 7 Uhr.
Colosseum, Waldstr. „Die fünf Sepyl". Anfang ½8 Uhr.
Großzirkusschau Carl Holzmüller. Zwei Vorstellungen, nachmittags 3½ Uhr und abends ½8 Uhr.
Residenz-Lichtspiele. Neues Programm.
Palast-Lichtspiele. Neues Programm.
Luxeum. Neues Programm.
Kaffee Bauer. Sonderkonzert, abends 7¾ Uhr.
Eintrachtsaal. Märchentag (Maya Massa), nachmittags 4 Uhr.
Rathaussaal. Lichtbildervortrag (Badische Heimat), abends 8 Uhr.
Ev. Vereinshaus. Landesmissionskonferenz.
Angestelltenausschüsse. Versammlung im Schrempp III, abends 7 Uhr.

Briefkasten.

Anfragen werden nur beantwortet, wenn die Abonnementsquittung beigefügt ist. Wird schriftliche Antwort gewünscht, auch Rückporto.

R. Z. Der briefliche Verkehr nach dem Staate Lettland ist freigegeben. Die Sendungen gehen auf Gefahr des Absenders.

Vom Wetter.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Auf Grund land- und funkentelegraphischer Meldungen.
Beobachtungen vom Dienstag, 17. Februar 1920, 8 Uhr morgens (M.E.Z.)

Ort	Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Wind Richtg.	Wind Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std. mm
Hamburg	766.9	5	O	schwach	heiter	1
Königsberg	—	—	—	—	—	—
Berlin	765.6	1	OSO	schwach	wolkig	0
Frankfurt	—	—	—	—	—	—
München	—	—	—	—	—	—
Kopenhagen	768.1	3	SW	schwach	Nebel	0
Stockholm	766.0	1	SW	schwach	bedeckt	3
Haparanda	758.7	−4	SW	stark	heiter	1
Bodö	—	—	—	—	—	—
Paris	—	—	—	—	—	—
Marseille	—	—	—	—	—	—
Zürich	767.0	0	NO	schwach	Dunst	0
Wien	—	—	—	—	—	—

Beobachtungen badischer Wetterstellen (7⁰⁰ morgens)
Karlsruhe Seehöhe 127 m

Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Kälte	Mittl. Temp. nachts	Wind Richtg.	Wind Stärke	Wetter	Niederschläge mm
766.1	−1	11	−1	ONO	schwach	heiter	—
Feldberg (Schw.) Seehöhe 1281 m							
653.6	0	6	−1	—	still	halbbd.	—
Königstuhl Seehöhe 563							
765.8	2	8	2	SO	schwach	wolkig	—
St. Blasien Seehöhe 780 m							
—	−3	8	−3	S	schwach	halbbd.	—

Feldbergerhof: Schneehöhe 132 Zentimeter, Alpensicht. Ueber den Alpen Föhnmauern.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Bei hohem Druck über Osteuropa und niederem über dem westlichen Meere herrscht bei östlicher Luftströmung in ganz Deutschland heiteres und trockenes Wetter mit leichtem Nachtfrost. Die gestrigen Nachmittagstemperaturen überschritten in der Ebene 10° Wärme. Das über Deutschland bestehende ost-westliche Druckgefälle bleibt auch morgen erhalten und bringt anhaltend östliche Landwinde.

Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch, den 18. Februar 1920, nachts: Heiter, trocken, etwas stärkerer Nachtfrost bei leichten östlichen Winden.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	17. Februar		16. Februar
Schusterinsel	1.18 m		1.20 m
Kehl	2.25 m		2.23 m
Maxau	4.13 m		4.18 m
„	m	mittags 12 Uhr	4.15 m
„	m	abends 6 Uhr	4.13 m
Mannheim	3.33 —		3.43 m

Möbel- und Ausstattungshaus
Gustav Friedrichs
Karlsruhe i. B.
Teleph. 5174 Karl-Friedrichstr. 24 (Rondellpl.)
Ständige große Ausstellung kompletter Wohnungseinrichtungen in allen Holz- und Stilarten.
Streng reelle Bedienung.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung des Karlsruher Tagblattes

Das neue Amtsgebäude der Handelskammer Karlsruhe.

Die Handelskammer Karlsruhe befindet sich vom 20. Februar an in ihrem eigenen Haus, dem ehemaligen Palais des Prinzen Max von Baden, das dieser ihr in entgegenkommendster Weise überlassen hat. Noch vor 3½ Jahren war die Handelskammer in den bescheidenen Räumen des zweiten Stockwerkes der „Gesellschaft Eintracht", Karl-Friedrichstraße 30, untergebracht. Bei der großen Entwicklung, die die Kammer in den letzten Jahren nahm, erwiesen sich diese Räume als auch nicht mehr annähernd ausreichend. Im Sommer 1916 wurde daher die Geschäftsstelle in das Haus Kaiserstr. 201, Ecke Waldstr. (Hof-Apotheke) verlegt. Die Kammer hoffte, in diesen erheblich größeren und zweckmäßigeren Räumlichkeiten für Jahre hinaus solange eine bleibende Stätte zu finden, bis sich ihr schon lange gefaßter Entschluß der Herstellung eines Amtsgebäudes verwirklichen ließ.

Aber die ununterbrochene starke Entfaltung der Kammertätigkeit und die damit verbundene dauernde Vermehrung der Beamtenzahl zwangen dazu, nach einem Heim zu suchen, das den vermehrten Ansprüchen Genüge leistete. Von dem Plan der Erbauung eines neuen Amtsgebäudes mußte dabei jedoch wegen der großen durch die Zeitverhältnisse bedingten Schwierigkeiten Abstand genommen werden. Die Kammer begrüßte es daher außerordentlich, als es ihr möglich wurde, das ehemalige Palais des Prinzen Max von Baden in der Karlstraße zu erwerben. In diesem stattlichen Bau hat sie nunmehr mit Hilfe namhafter Spenden das erste Obergeschoß unter der sachkundigen Leitung der Firma Pfeiffer & Großmann in geschmackvoller und zweckmäßiger Weise den Bedürfnissen der Vertretung von Handel und Industrie entsprechend eingerichtet. Um einen geräumigen Vorplatz, zu dem man auf breiter Marmortreppe mit Oberlicht gelangt, gruppieren sich ein Sitzungssaal, Vorstands- und Syndikuszimmer mit gemeinsamen Warteraum, ein Auskunftszimmer, ferner die einzelnen Arbeitszimmer für die Abteilungsvorsteher und wissenschaftlichen Hilfsarbeiter, ein großer Schreibmaschinenraum, Registratur, Bücherei und Fernsprechzentrale. Das Untergeschoß enthält einen großen Sitzungssaal mit Vorraum. Dieser Sitzungssaal wird den in letzter Zeit so zahlreichen Versammlungen von Industrie und Handel des Bezirkes sehr zu statten kommen, ohne daß, wie bisher, ständig Säle außerhalb der Kammer in Anspruch genommen zu werden brauchen.

Die übrigen Räume des Erdgeschosses sind vorläufig an eine Privatgesellschaft vermietet. Das oberste Stockwerk haben Großhandelsgesellschaften inne. Wenn die Ausstattung der Sitzungssäle und der Arbeitsräume zurzeit auch noch nicht ganz vollendet ist, da die unbedingt erforderliche Anschaffung neuer Einrichtungsgegenstände den Zeitverhältnissen entsprechend auf Schwierigkeiten stößt, so wird das doch in einigen Monaten der Fall sein. (Dem Vernehmen nach plant die Handelskammer bei dieser Gelegenheit eine Feier. D. Red.) Für die Weiterentwicklung der Kammer ist es besonders wertvoll, daß ihr erforderlichenfalls durch Hinzunahme der zurzeit noch vermieteten Räume für absehbare Zeit Ausdehnungsmöglichkeiten gegeben sind. Uebrigens werden zurzeit auf Anregung des stellvertretenden Vorsitzenden Vorarbeiten über die Errichtung einer Börse unternommen, für die die großen Räumlichkeiten des Erdgeschosses wie geschaffen sind.

Es ist der Oeffentlichkeit vielfach noch gar nicht bekannt, welch großes Arbeitsfeld die Handelskammer besitzt und wie außerordentlich vielseitig ihre Tätigkeit ist. Die Zahl der schriftlichen Ein- und Ausgänge, der telephonischen Auskünfte und der vielen persönlich vorsprechenden Firmenvertreter geht alljährlich hoch in die Zehntausende und nimmt ständig in schnellem Maße zu. Daneben finden fast täglich und oftmals bis in die spätesten Abendstunden hinein Sitzungen und Verhandlunger statt. Die Inanspruchnahme der Kammer machte in den letzten Jahren die Errichtung oder weitere Ausgestaltung je eines Industrie-, Groß- und Kleinhandelsausschusses erforderlich. Bedeutung und Arbeitslast der Kammer wuchsen ferner durch die Angliederung einer Anzahl von Verbänden aus Handel und Industrie. Namentlich war es der Kleinhandel, der bereits in der bisherigen Geschäftsstelle auf der Kaiserstraße den Bund badischer Detaillistenvereine und den Badischen Verband der Webwarengeschäfte jahrelang der Handelskammer angegliedert hatte, bis er eine eigene Geschäftsstelle errichtete. Es schweben jedoch zurzeit Verhandlungen über eine erneute Angliederung der freien Organisation des mittelbadischen Kleinhandels an die Handelskammer. In dieser sind sodann folgende Verbände aus Industrie und Handel untergebracht: der Arbeitgeberverband der Industrie des Handelskammerbezirks Karlsruhe, der Verband der Metallindustriellen Mittelbadens, der Verband badischer Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrieller, der Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen, der Südwestdeutsche Handelskammerausschuß für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr, die Mittel- und Oberbadische Landesstelle zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, der Hansa-Bund und der Landesverband der Milchhändlergenossenschaften; auch der badische Großhandel in Baumaterialien beabsichtigt, seine Organisation der Handelskammer anzugliedern.

Angesichts dieser großen Ausdehnung der Interessenvertretung von Handel und Industrie darf man mit vollem Recht sagen, daß es die Handelskammer in ihrer jetzigen Zusammensetzung durch großzügige und zielbewußte Arbeit verstanden hat, sich zur Geltung zu bringen und sich zum Mittelpunkte des gesamten Wirtschaftslebens des ausgedehnten Kammerbezirks zu entwickeln.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Devisenmarkt. Telegraphische Auszahlungen für:

	16. Februar 1920 Geld	Brief	17. Februar 1920 Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	3690.—	3704.—	3681.—	3689.—
Brüssel-Antwerpen	734.25	735.75	724.25	725.75
Christiania	1733.25	1736.75	1723.25	1731.75
Kopenhagen	1468.5.	1471.50	1456.—	1459.—
Stockholm	1878.—	1882.—	1853.—	1857.—
Helsingfors	389.60	390.40	388.60	389.40
Italien	544.50	545.50	539.50	540.50
London	339.65	340.35	337.40	338.10
Newyork	89.15	89.85	89.40	89.60
Paris	709.30	710.70	699.30	700.70
Schweiz	1623.25	1626.75	1618.25	1621.75
Spanien	1683.25	1686.75	—.—	—.—
Wien (altes)	41.96	42.04	40.96	41.04
Wien (D.-österr. abg.)	35.96	36.04	35.96	36.04
Prag	103.90	104.10	98.40	98.60
Budapest	34.96	35.04	35.96	36.04

Industrien.

Gesellschaft für Spinnerei und Weberei, Ettlingen. Die Gesellschaft mußte auch nach dem Waffenstillstand ihre Heeresaufträge an die Bekleidungsämter und an die Reichstextil-A.-G. bezw. Textil-Notstandsversorgungs-A.-G. ausliefern. Erst im Herbst arbeitete sie nebenher für eigene Rechnung. Von 53 344 Spindeln waren durchschnittlich 11 945, von 2047 Webstühlen durchschnittlich 373 in Betrieb. Nach Mk. 299 125 (i. V. 362 224) Abschreibungen und Mk. 274 441 (202 342) Kursverlust verblieben Mk. 1 402 612 (481 747) Reingewinn, woraus 14 (7) Prozent Dividende verteilt, Mk. 410 000 zu Wohlfahrtszwecken verwendet, Mk. 80 000 (24 707) dem Ergänzungskonto, Mark 140 000 (70 000) dem Amortisationskonto, Mark 200 000 (100 000) der Dividendenreserve und Mk. 30 000 (10 000) der Talonsteuerreserve zugewiesen, sowie Mk. 28 532 (0) vorgetragen werden. Die Bilanz weist u. a. auf: Kreditoren Mk. 1.51 (1.22) Mill., Debitoren Mk. 2.12 (0.86) Mill., Bankguthaben Mk. 3.47 (1.89 Mill.), Effekten Mk. 2.15 (2.88) Mill., Vorräte Mk. 1.21 (1.81) Mill. Die Generalversammlung (26. Februar) soll eine Reihe von Satzungsänderungen vornehmen, u. a. auch die Uebernahme der Tantiemesteuer auf die Gesellschaft.

Benz & Co., Rheinische Automobil- und Motorenfabrik, A.-G., in Mannheim. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Kapitalserhöhung um Mk. 11 auf 33 Mill., sowie die vorgeschlagenen Satzungsänderungen und die Ausgabe von Mk. 10 Mill. 5proz. auf die neue Fabrik in Mannheim und auf die Fabrik in Gaggenau hypothekarisch eingetragenen Obligationen. Ein Konsortium unter Führung der Rheinischen Creditbank übernimmt die neuen Aktien, die für 1919/20 zur Hälfte an der Dividende teilnehmen und bietet sie von 2 zu 1 zu 112 Proz. an. Die Arbeiterzahl des Unternehmens sei von 3680 in 1913/14 auf 4242 in 1919, also um rund 20 Proz. gestiegen, die Wagenproduktion jedoch im gleichen Zeitraum um einen noch höheren Prozentsatz zurückgegangen. Man erziele nunmehr, namentlich im Ausland, Fabrikatpreise, die der Verteuerung der Produktion entsprächen. Auch die Arbeitsleistung habe sich wieder erhöht. Der bei anderen Industrien so tief einschneidende Kohlenmangel sei nicht annähernd so empfindlich gewesen, weil man rechtzeitig darauf bedacht gewesen sei, Anlagen zu schaffen, in denen die verschiedensten Betriebsstoffe zur Anwendung kommen. Der Vorsitzende ging zum Schluß auch auf den unnatürlichen, seiner Auffassung nach unberechtigten Kursstand der Benzaktien ein, der auf Kurstreibereien zurückzuführen sei, woran sich das Ausland infolge des Tiefstandes der deutschen Mark, aber auch das Inland beteilige. Die Gesellschaft werde, um nicht unter die Botmäßigkeit von Ausländern zu kommen, demnächst in gleicher Weise wie andere Automobilgesellschaften, die Ausgabe von Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht vorschlagen müssen.

Spezial-Damen-Frisier-Salon von A. BIRK
Yorkstraße 19. Telephon 3638. Ecke Göthestr. Telephon 3638.
Erstklassige Arbeitskräfte. Prompte Bedienung. Elegante Räumlichkeiten.
Verkauf sämtl. Parfümerien, Haarnetze usw. Anfertigung aller einschlägigen Haararbeiten.
Geöffnet bis abends 7, Samstags bis 9 Uhr.

Für Haus- u. Gartenbesitzer
Empfehle mich bestens zur Unterhaltung u. Anlegen von Gärten aller Art.
Achtungsvoll
PH. RÜDE, Gärtnerei
Karlsruhe-Rintheim.

Karl Hauer
Schreib-Maschinen-Reparatur-Werkstätte für sämtliche Systeme
Prompteste Bedienung. Billige Preise.
Karlsruhe i. B.
Amalienstr. 51 — Telefon 2127

Herrenstoffe
L. Brotz
Kein Laden.
Marlenstr. 18 p. Tel. 3950.

Pflüge Ackereggen
Kultivatoren
Wieseneggen
Schrotmühlen
Futterschneider
empfiehlt
K. Leußler,
Durlach Telephon Nr. 408.

Stärk- u. Haushaltungs-Wäsche
wird zum Stärken, Waschen und Bügeln angenommen.
Lieferzeit 8 bis 10 Tage.
Dampfwasch-Anstalt Berthold Roll
Bulach
Neue Anlage Nr. 5. Telephon Nr. 3186

VORNEHME HERRENSCHNEIDEREI
A. Hunsinger
KAISERSTR. 124
REICHHALTIGES LAGER DEUTSCHER U. ENGL. STOFFE BESONDERS IN BLAU.

Atelier für Pelzwaren-Konfektion
Max Kusber, Kürschner
Leopoldstraße 31. Telephon 3318.
Neuanfertigungen, Umarbeitungen und Reparaturen von
Pelzwaren aller Art
wie Pelzmäntel für Damen und Herren, Kragen, Muffen, Fellteppiche, Decken usw.
Sauberste Ausführung, neueste Modelle, solide Preise.
Felle und Futterstoffe werden gern zur Verarbeitung angenommen.

Klavier-stimmen
bei gewissenhafter Ausführung und mäßigen Preisen in und außer Abonnement übernimmt
J. KUNZ,
21 Karl Friedrichstraße 21
Fernsprecher 2713.

Beste handhabungssichere Sprengstoffe
Sprengkapseln und Zündschnüre zum Sprengen von Baumstumpen.
Pulverfabrik Ettlingen (Baden) Tel. 8.

Kronleuchter Beleuchtungskörper u. Kunstgegenstände
aus Bronze u. Zink werd. repariert u. neu hergerichtet
Dölling & Wunder Nachf., Douglasstr. 26
Gartlerei, Vergoldungs- und Versilberungs-Anstalt.

Nach freundschaftlicher Vereinbarung legte unser langjähriger Vertreter, Herr Richard Graebener, anderweitiger Unternehmungen halber, unsere dortige Agentur nieder u. haben wir dieselbe
Herrn Arthur Bähr
übertragen.
Unser Büro verbleibt im bisherigen Hause
Kaiserstrasse 215
Ecke Karlstrasse Telephon 4866.
Wir bitten das uns bisher am dortigen Platze entgegengebrachte Vertrauen auch weiterhin bewahren zu wollen.
Annoncen-Expedition Rudolf Mosse
Frankfurt a. M.

Moderne Bilder-Rahmungen
werden schnellstens ausgeführt in der
Kunsthandlung Schwarz
Inhaber: Karl Dietzmann
Karlsruhe — Kaiserstraße 225
Rahmenfabrik mit elektrischem Betrieb

Landschaftsgärtnerei und Gartenarchitektur
Hermann Thiele
früher Straßburg i. E.
Bismarckstr. 25 I. Karlsruhe i. B. Bismarckstr. 25 I.
Ausführung einfacher sowie feinster, moderner Gartenanlagen,
Umarbeitung und Instandhaltung von kleinen und großen Haus- u. Villengärten.
Angemessene Preise bei prompter, reeller u. fachgemäßer Bedienung.

Fußbodenlacke Bodenwichse
Bodenöl — Stahlspäne — Holzbeizen Stoffarben
Maler-Utensilien
vorteilhaft im Farbengeschäft Waldstraße 15 beim Colosseum.

Sanften langanhaltenden Schnitt
garantiert meine Spezial-Marke Hummel-Rasiermesser
mall. breiten vorrätig. Alte Rasiermesser werden bei mir sorgfältigst fachgemäß geschliffen mit Garantie für guten Schnitt. Versand nach auswärts.

Telephon 1547. Karl Hummel Werderstr. 13

Ein unvergleichliches Hautcreme
wohltuend zu jeder Jahreszeit, erfrischend auf Reisen und Märschen, für Automobilfahrten und jeden Sport, gegen Sonnenbrand oder rauhe und angesprungene Haut, gegen Brennen nach dem Rasieren ist
Creme-Elcaya.
Große Dosen Mk. 8.50, Tuben Mk. 3.—
Erhältlich in den einschlägigen Geschäften.
Haupt-Niederlage Karlsruhe: H. Bieler
Kaiserstraße 223.

Email-Geschirre
werden dauerhaft repariert
Autogene Schweißarbeiten werden ausgeführt
Kaiser Allee 95 Telephon 1748

Mir gelingt's Forderungseinzug reell u. verschwiegen. Zahlungsschwierigkeiten und Konkursgefahr beseitigt hier und auswärts. Auskünfte über Familienverhältnisse, Charakter, Vermögen, Vorleben, an allen Plätzen zuverlässig u. billig
Herm. Kindermann, Durlach, Weiherstr. 21

Todes-Anzeige.

Tieferschüttert teilen wir mit, daß meine liebe Frau, unsere unvergeßliche, herzensgute Mutter, Großmutter, Schwester und Tante

Frau Ernstine Stober

geb. Herrmann

nach kurzer aber schwerer Krankheit gestern abend kurz vor Mitternacht im Alter von 68 Jahren sanft entschlafen ist.

In tiefem Schmerz:

Martin Stober nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. Trauerhaus: Schloßbezirk 12.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden u. Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau Anna Kistner

Witwe

heute früh 9 Uhr im Alter von 69 Jahren verschieden ist.

Karlsruhe-Grünwinkel, 17. Febr. 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Donnerstag, 19. Febr., um 4 Uhr nachmittags vom Trauerhause, Durmersheimerstr. 100, aus statt.